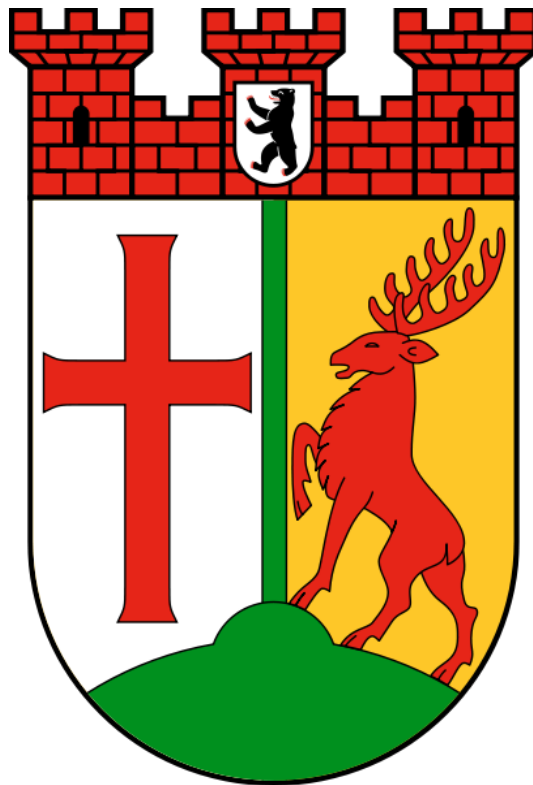




CDU

Tempelhof - Schöneberg

Bezirksprogramm 2011 – 2016



Wir wollen unseren Bezirk gemeinsam mit Ihnen gestalten

Bezirkspolitik erfüllt eine wichtige Funktion im Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger. Nirgendwo sind die Menschen unmittelbarer von politischem Handeln betroffen als in ihrem "Kiez". Dies erfordert Bürgernähe und Sachorientierung. Eine zukunftsorientierte Politik stellt sich den Herausforderungen nicht mit einer bloßen Fortschreibung bisheriger Standards, sondern Manches muss auch verantwortungsvoll neu überdacht und nachhaltig verbessert werden. Die CDU hat nach der Wahl 2006 mit den Ressorts für Schule, Bildung, Kultur und Seniorenbetreuung sowie Stadtentwicklung und Hochbau wichtige Ressorts übernommen. Vor der Wahl haben wir Ihnen eine Politik versprochen, die sich am Gemeinwohl, der Vernunft, dem politisch und finanziell Machbaren orientiert. Daran haben wir uns gehalten. Bezirkspolitik besteht aus einer Vielzahl auch kleinerer Fragestellungen und Lösungsansätzen, angefangen bei der Gestaltung unserer Schulen, der Bewältigung des Verkehrs, der Ansiedlung neuer Unternehmen bis zur Anschaffung zusätzlicher Medien für unsere Bibliotheken.

Die Handlungsfähigkeit der Bezirke wurde in den letzten Jahren durch den Senat stark eingeschränkt. Die Haushaltsmittel werden zunehmend willkürlich zugeteilt. Dringend erforderliche Neueinstellungen von Personal, um die Leistungen für die Bürger aufrecht zu erhalten, sind fast unmöglich geworden und Planungsentscheidungen wie etwa beim Flughafen Tempelhof sind dem Bezirk entzogen worden. Wir sind somit in ein enges Korsett der Senatspolitik gezwängt und können generelle Fehlentscheidungen für Berlin nur begrenzt beeinflussen.

Dort, wo wir selbst entscheiden können, wollen wir erreichen, dass unser Bezirk auch 2016 lebens- und liebenswert ist und die Menschen eine gute Lebensperspektive finden. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gegenüber künftigen Generationen heißt, das öffentliche Vermögen nicht planlos aufzubrechen, sondern sinnvoll und gezielt einzusetzen. Hierzu gehört auch, den Standort durch neue Wirtschaftsansiedlungen zu stärken und damit auch zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Ohne neue Investitionen wird sich auch die soziale Situation nicht verbessern. Es darf nicht sein, dass ein immer größer werdender Anteil des Haushalts für staatliche Transferleistungen ausgegeben wird. Ohne ein Umdenken der Berliner Politik insgesamt ist der Weg der Hauptstadt zum Armenhaus Deutschlands vorgezeichnet. Die Bezirke würden auch ihre Handlungsfähigkeit verlieren. Dem wollen wir entgegensteuern.

Auf den folgenden Seiten sind die Leitlinien unserer Politik für Tempelhof-Schöneberg zusammengefasst. Dabei haben wir folgende Schwerpunkte für die Jahre bis 2016 gesetzt:

I. Wohnen und Arbeiten zwischen Stadtrand und KaDeWe	Seite 5-19
II. Bildung und Erziehung haben Vorfahrt	Seite 19-29
III. Arbeit – Integration - Gesundheit	Seite 29-36
Eigenverantwortung fördern, soziales Netz erhalten	
IV. Effektive und bürgerfreundliche Verwaltung	Seite 36-39

Bezirkspolitik soll für die Bürger und nicht gegen sie erfolgen. Deshalb setzen wir bei allen Maßnahmen, angefangen bei der Pflege der Grünanlagen bis hin zur Schließung von Schulen, auf den Dialog mit Ihnen. Keine Entscheidung kann so gut sein, dass sie nicht auch veränderbar ist. Wichtig ist: Unsere Politik orientiert sich am Gemeinwohl und dem politisch Möglichen. Luftschlösser sind mit der CDU im Bezirk nicht zu realisieren.

Für diese Politik bitte ich Sie am 18.9.2011 um Ihre Stimme.

Ihr

Bernd Krömer

Inhaltsverzeichnis

I. Wohnen und Arbeiten zwischen Stadtrand und KaDeWe

1. Wirtschaft und Stadtplanung
2. Mietenpolitik
3. Sicherheit und Ordnung im Wohnumfeld
4. Parks und Straßengrün
5. Flughafen Tempelhof
6. Ortsteil Schöneberg
7. Ortsteil Friedenau
8. Ortsteil Tempelhof
9. Ortsteile Mariendorf und Marienfelde
10. Ortsteil Lichtenrade
11. Verkehr - wir suchen individuelle Lösungen

II. Bildung und Erziehung haben Vorfahrt

1. Wir brauchen ein leistungsfähiges Schulsystem
2. Unsere Schulgebäude dürfen keine Ruinen sein
3. Integration und Sprachförderung
4. Motivierte Lehrkräfte sind die Stütze des Schulsystems
5. Grundschulen
6. Oberschulen
7. Privatschulen
8. Kinderbetreuung im Bezirk
9. Mehr Hilfe und Anerkennung für Jugendliche
10. Sport führt zusammen
11. Die Erwachsenenbildung muss zukunftssicher werden
12. Das dezentrale Kulturangebot muss erhalten bleiben
13. Museumsstandort Tempelhof – Schöneberg

III. Arbeit – Integration – Gesundheit: Eigenverantwortung fördern, soziales Netz erhalten!

- 1. Arbeit hat Vorrang**
- 2. Integration, Gemeinsinn und Leistung**
- 3. Aktiver Verbraucherschutz**
- 4. Soziales Miteinander im Bezirk stärken**
- 5. Ambulante und stationäre medizinische Versorgung**
- 6. Lebens- und Versorgungsqualität für die ältere Generation**
- 7. Politik für Menschen mit Behinderung**

IV. Effektive und bürgerfreundliche Verwaltung

- 1. Verwaltung der Zukunft**
- 2. Aktive Wirtschaftsförderung**
- 3. Ehrenamt und bürgerliches Engagement**
- 4. Mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung**
- 5. Finanzen**

I. Wohnen und Arbeiten - zwischen Einfamilienhaus und KaDeWe

Der Wohnort und seine Umgebung sind wichtige Bezugspunkte in unserem Leben. In unserem Bezirk werden die unterschiedlichsten Wohnbedürfnisse befriedigt, denn es gibt ein buntes Miteinander von sozialem Wohnungsbau, alten Dorfkernen, geschlossener Gründerzeitbebauung, Altneubauten, Nachkriegssiedlungen und Stadterneuerungsgebieten sowie ausgedehnten Industriezonen. Aufgabe einer ausgewogenen, vorausschauenden und nachhaltigen Stadtplanung ist es, Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen in den verschiedenen Kiezen des Bezirkes eine Heimat zu bieten.

Viele Bewohner haben wenig Bezug zum Bezirk, identifizieren sich aber mit den sechs Ortsteilen Schöneberg, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde oder Lichtenrade. Wir haben mit Übernahme des Baurechts Neuinvestitionen im Bezirk bewusst gefördert, gleichzeitig aber die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger nach einem ruhigen und gesunden Wohnumfeld nicht vergessen. Ohne Investitionen und damit der Sicherung und Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen wird sich dauerhaft die katastrophale soziale und finanzielle Lage Berlins nicht verbessern. Deshalb kommt diesem Politikbereich auch künftig eine Schlüsselaufgabe für die Zukunftssicherung zu. Die schwerwiegenden Fehlentscheidungen des Senates (z. B. die Einstellung des Flugbetriebes in Tempelhof) kann der Bezirk nicht korrigieren; aber er kann versuchen, den Bezirk für Investoren attraktiv zu gestalten. Inzwischen stabilisieren sich die Problemkieze in Schöneberg zusehends, dagegen muss in Teilen Ost-Tempelhofs sowie in den Großsiedlungen Lichtenrades und Marienfeldes aktiv gegengesteuert werden, um eine Entwicklung zu Problemkiezen zu vermeiden.

1. Wirtschaft, Mittelstand und Stadtplanung

Hier werden die Grundentscheidungen für die Zukunft des Bezirkes getroffen. Wirtschaftspolitik auf Bezirksebene ist in erster Linie Standortpolitik. Wer seine Flächen nicht intelligent entwickelt, seine Wohngebiete nicht durch unterschiedlichste Maßnahmen attraktiv gestaltet und eine entsprechende Imagewerbung betreibt, setzt die Attraktivität des Stadtteils aufs Spiel. Dies ist am Beispiel Neuköllns sehr gut nachweisbar. Wir sehen für unseren Bezirk folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Regelmäßige Gespräche des Bezirksamtes mit den großen öffentlichen und privaten Wohnungsbaugesellschaften sollen mit dem Ziel stattfinden, durch vernünftige Vermietungspolitik im sozialen Wohnungsbau soziale und ethnische Problemkieze zu vermeiden.
- Eine ressortübergreifende Auseinandersetzung über die Nutzbarmachung der positiven Effekte des neuen Großflughafens Schönefeld (BER) für die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie die Schaffung neuer Wohnungen muss auf bezirklicher Ebene jetzt beginnen, um Standortvorteile nicht zu verschlafen. Wir brauchen klare Ideen, wie wir von BER profitieren und Vorstellungen darüber, wie wir uns von anderen Bezirken und Brandenburger Gemeinden positiv abheben können und auf welche Zielgruppen wir uns mit unseren Marketing- und Förderaktivitäten konzentrieren wollen. (Industrie? Handel? Tourismus? Wohnraum?). Diese

einheitliche Strategie wollen wir gemeinsam mit Unternehmern, Verbänden und der Wirtschaftsförderung im Bezirk entwickeln.

- In den vergangenen Jahren konnten einige Spielplätze durch das vom Bezirk finanzierte Spielplatzsanierungsprogramm deutlich verbessert werden. Trotzdem sind viele öffentliche Kinderspielplätze im Bezirk in einem maroden Zustand. Deshalb wird die CDU auch in den nächsten Jahren einen finanziellen Schwerpunkt setzen, um die vorhandenen Spielplätze sicherer zu machen und sauber zu halten. Bei der Neuanlage von Spielplätzen ist die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern zu prüfen. Für den Schutz vor Verwahrlosung können wir uns auch die Kooperation mit Bürger- oder Anwohnerinitiativen vorstellen.
- Die Ein- und Zweifamilienhausgebiete unseres Bezirkes haben eine gesunde soziale Mischung und stabilisieren die südlichen Gebiete unseres Bezirkes. Die CDU sieht deshalb mit großer Sorge, dass der rot-rote Senat die Belastungen für Einfamilienhausbesitzer durch Erhöhungen der Grundsteuer, Folgekosten des Straßenausbaubeitragsgesetzes, Veränderungen des Straßenreinigungsgesetzes und anderer Einzelmaßnahmen drastisch erhöht hat. Aber auch die Mieter sehen anhand ihrer Betriebskostenabrechnung, wie die Belastungen in diesen Bereichen steigen und wie sich die Betriebskosten immer weiter zu einer zweiten Miete entwickeln. Deshalb lehnen wir das geplante Klimaschutzgesetz in seiner bisherigen Form ab, da es durch Auflagen zur Wärmedämmung die finanzielle Belastbarkeit vieler Bürger unseres Bezirks übersteigen würde.
- Die Anwendung des Straßenausbaubeitragsgesetzes auf die Anlieger der Arnulfstraße konnte durch die CDU abgewendet werden, indem die Baumaßnahmen auf reine Instandsetzungsmaßnahmen begrenzt wurden. An der B 96 in Lichtenrade konnte dies nicht verhindert werden, da die Maßnahme einen Ausbau beinhaltet und die gesetzlichen Regelungen eindeutig sind. Am Beispiel des Kirchhainer Damms wird die ganze Unsinnigkeit des Gesetzes deutlich. Die Wohnqualität wird durch steigendes Verkehrsaufkommen objektiv gemindert, das Land Berlin lässt die Anwohner trotzdem einen erheblichen Teil der Kosten tragen. Wir wollen dieses Gesetz bei einem Regierungswechsel wieder abschaffen.
- In den vergangenen Jahren wurde durch den Bezirk mit dem sogenannten Zentrenkonzept ein Instrument geschaffen, um den Wildwuchs von Einkaufszentren in ehemaligen Gewerbegebieten zu verhindern. Auch die Schaffung immer neuer Discountmärkte dient nicht der Stabilisierung der Einkaufsstraßen und kleinen Zentren und wird von der CDU eher kritisch gesehen. Deshalb muss im Einzelfall gefragt werden, ob und wie viel zusätzliche Verkaufsfläche geschaffen werden kann, ohne den traditionell mittelständischen Einzelhandel zu gefährden.
- Das Rückgrat des bezirklichen Handels ist der Mittelstand. Damit er auch künftig eine Chance hat, müssen wir die Attraktivität der Einkaufsstraßen steigern. Deshalb wollen wir für die bestehenden Einkaufsstraßen gemeinsam mit Eigentümern und Einzelhandelsinitiativen ein Leerstandsmanagement schaffen. Aufgabe der Politik ist es nicht, neue Mieter für leerstehende Objekte zu finden, aber eine einzelfallbezogene und sinnvolle, ggf. auch kostenlose Zwischennutzung von Objekten durch öffentliche Ausstellungen usw. kann dazu beitragen, den optischen Eindruck von Einzelhandelsstraßen – auch im Interesse der Vermieter - zu verbessern.

- Zur Steigerung der Attraktivität von Einkaufsstraßen gehören auch eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die Gewährleistung von ausreichenden Parkmöglichkeiten. Parkraumbewirtschaftung oder Parkscheibenregelungen können hierfür genauso einen Beitrag leisten wie die zeitliche Begrenzung von ganztägigen Busspuren. Die bezirklichen Einkaufsstraßen und Ortsteilzentren sind deshalb im Hinblick auf Käuferverhalten und Aufenthaltsqualität zu untersuchen und ein entsprechendes Maßnahmenkonzept gemeinsam mit Hauseigentümern und Einzelhandelsinitiativen zu entwickeln.
- In den letzten Jahren konnte durch konsequente Anwendung des Planungsrechts das Problem illegaler Automärkte und deren Folgen für die belasteten Anwohner beseitigt werden. Das von der CDU gestellte Bezirksamtsmitglied hat gemeinsam mit der Fraktion versucht, darüber hinaus die Ansiedlung neuer Spielhallen zu verhindern. Leider konnte das nicht immer gelingen. Inzwischen hat das Berliner Abgeordnetenhaus ein Spielhallengesetz beschlossen, das die langjährigen Forderungen der Berliner CDU nach einer wirksamen Begrenzung der Anzahl der Spielhallen bis hin zur Schließung vorsieht. Dies muss nun zügig im Bezirk umgesetzt werden, um der Verschandelung des Stadtbildes entgegenzuwirken.

2. Mietenpolitik

Wohnungsmarkt und Mieten richten sich nach Angebot und Nachfrage. Der beste Schutz vor drastischen Mieterhöhungen ist deshalb eine ausreichende Anzahl von bezahlbaren Wohnungen, die auf die unterschiedlichsten Ansprüche der Berliner Mieterschaft ausgerichtet sind. Auf ganz Berlin bezogen gibt es zurzeit noch einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass dies nach bisherigen Prognosen schon 2015 nicht mehr der Fall sein wird. In bestimmten Wohnungsteilmärkten und insbesondere in der Innenstadt übersteigt bereits heute schon die Nachfrage deutlich das Angebot. Deshalb fördern wir auch Wohnungsbauvorhaben im Bezirk, z. B. am Barbarossaplatz und an der Monumentenstraße. Zur Stabilisierung des Angebotes an Bauland wollen wir deshalb

- öffentliche Grundstücke kostenlos oder zu vergünstigten Preisen an öffentliche und private Bauherren vergeben, um damit den Quadratmeterpreis für den Neubau der Wohnungen zu verringern. Voraussetzung dafür sind entsprechende vertragliche Regelungen mit dem Bauherrn;
- dass darüber nachgedacht wird, zusätzliche Einfamilienhausgebiete mit dem Angebot bezahlbarer Grundstückspreise auf nicht mehr benötigten Industriebrachen in den Ortsteilen Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade für den Immobilienmarkt zu öffnen, denn Ein- und Zweifamilienhäuser genießen immer noch eine große Nachfrage in Berlin.

Als aktiver Mieterschutz ist für unseren Bezirk der verlängerte Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen gemäß Kündigungsschutzklausel-Verordnung (von drei auf sieben Jahre) weiter nötig und zu erhalten. Darüber hinaus will die CDU für ganz Berlin die Umnutzung von Miet- in Ferienwohnungen einer strikten Reglementierung unterwerfen.

Für die von der fehlenden Anschlussförderung des Landes Berlin betroffenen Mieter des sozialen Wohnungsbaus sind dringend die Konditionen in einem Berliner Wohnraumfördergesetz festzulegen. Ohne Regelung droht Verdrängung im großen Stil, von der auch Mieter in unserem Bezirk betroffen sind.

Sollte in den nächsten Jahren eine weitere Verschlechterung des Wohnungsangebotes in Berlin einsetzen und die soziale Entmischung ganzer Stadtviertel drohen, ist die Anwendung von städtebaulichen und sozialen Umstrukturierungssatzungen entsprechend der Regelungen nach dem Baugesetzbuch zu prüfen.

3. Sicherheit und Ordnung im Wohnumfeld

Unsere Stadt und unser Bezirk werden zunehmend als verwahrlost und verschmutzt wahrgenommen. Das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger werden durch mutwillige Zerstörungen, Übergriffe auf Passanten und Verschmutzungen im Wohnumfeld empfindlich beeinträchtigt. Die Sicherheit und Ordnung wird im Bezirk neben der Polizei hauptsächlich von den Mitarbeitern des Ordnungsamtes gewährleistet. Von der Durchsetzung verschiedener Gesetze durch die „Kiezpolizei“ des Ordnungsamts (Leinenzwang für Hunde, Hundekotbeseitigung, Graffiti usw.) und von Sauberkeit, Ordnung und weniger Vandalismus ist im Bezirk derzeit wenig zu spüren. Die CDU tritt dafür ein:

- Die Ordnungsämter müssen eine hinreichende Personalausstattung erhalten, um tatsächlich alle ordnungsrechtlichen Aufgaben zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen zu können. Deshalb wollen wir eine Aufstockung des Außendienstpersonals in den Ordnungsämtern und die Erweiterung ihrer Befugnisse. Wir brauchen für eine Verbesserung des Wohnumfeldes endlich eine konsequente Durchsetzung der bestehenden Gesetze (z. B. Umsetzung des Leinenzwangs, unerlaubte Müllentsorgung, Farbschmierereien usw.).
- Die Sicherheit im öffentlichen Straßenland ist zu erhöhen. Dies kann unter anderem durch mehr „Kiestreifen“ und eine bessere Beleuchtung gefährdeter Bereiche erfolgen.
- Der Verwahrlosung des Bezirkes durch wilde Abfallentsorgung ist energisch entgegen zu treten. Hierzu brauchen wir eine höhere Kontrollichte und eine höhere Anzahl von Abfallbehältern durch die Berliner Stadtreinigung (BSR). In den Grünanlagen fällt diese Aufgabe in die Bezirkshoheit.
- Der Alkoholgenuss (Komasaufen) und der Drogenkonsum auf allen öffentlichen Plätzen ist zu verbieten und dieses Verbot auch durchzusetzen.
- Der Verwahrlosung durch Schmierereien und mutwillige Zerstörung an öffentlichen Gebäuden ist entgegenzuwirken. Zur Vorsorge ist eine konsequente Verfolgung und Bestrafung der Straftäter wichtig.

4. Parks und Straßengrün

Unsere Ansprüche an Wohnqualität haben sich verändert. Heute geht es nicht nur um eine schöne Wohnung, es geht auch um wohnungsnaher Grünanlagen und mehr Natur auch in der Innenstadt. Wir haben neben Friedrichshain-Kreuzberg als einziger Berliner Bezirk die

Chance, im innerstädtischen Bereich mit dem Gleisdreieckpark und dem Tempelhofer Feld zwei große neue Stadtteilparks zu bekommen. Dies wird die Attraktivität der anliegenden Wohngebiete steigern. Gefällte/absterbende Straßenbäume sind durch Neupflanzungen zu ersetzen, damit unser Bezirk nicht wieder eine Steinwüste wird. Um dies zu erreichen, werden wir auch private Initiative mobilisieren müssen, denn die zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder reichen hierfür nicht mehr aus. Wir sehen deshalb folgende Aufgaben:

- Neue großflächige Grünanlagen sind, ausgenommen der zum Stadtteil Kreuzberg gehörende Gleisdreieckpark und das Tempelhofer Feld, auf absehbare Zeit weder finanzierbar, noch mit den vorhandenen finanziellen Mitteln zu unterhalten. Wir wollen das vorhandene Geld auf die Instandhaltung der bestehenden Parks und Grünanlagen konzentrieren, damit die Wohnqualität der Innenstadt erhalten bleibt. Die Gestaltung von Mittelstreifen und anderem Straßengrün ist unter den Aspekten von Stadtbildpflege, pflegeleichtem Unterhalt und Sauberkeit vorzunehmen.
- Straßenbäume sind wichtig für das Klima und das Wohlbefinden der Bewohner. Die CDU wird sich deshalb im Bezirk dafür einsetzen, dass die Anzahl der gefällten Bäume in vollem Umfang wieder ersetzt wird (ausgeglichene Baumbilanz).
- Die Grünpflege muss qualitativ verbessert werden. Baumzuschnitte dürfen nicht nach dem Gesichtspunkt günstiger Kosten, sondern ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten sowie den Wünschen der Bürger nach Erhalt des Grüns im Stadtbild erfolgen.
- Wir wollen künftig die Förderung von privaten Patenschaften für die Bepflanzung von Baumscheiben stärker unterstützen und prüfen, ob Bürger- oder Anwohnerinitiativen die Pflege kleinerer Grünanlagen im Auftrag des Bezirkes durchführen können.
- Wir befürworten eine weitgehende Sicherung der vorhandenen Kleingartenkolonien im Bezirk, da sie insbesondere für junge Familien und Senioren einen hohen Freizeitwert haben.

5. Flughafen Tempelhof – Tempelhofer Feld

Die CDU hat gemeinsam mit der Interessengemeinschaft City-Airport Tempelhof (ICAT) für den Erhalt des Flughafens Tempelhof als Verkehrsflughafen gekämpft, weil ein innerstädtischer Flughafen ein bedeutender Faktor für den Wirtschaftsstandort Berlin ist. Die rot-rote Regierungskoalition hat diese einmalige Chance für Berlin aus ideologischen Gründen verspielt und das beeindruckende Ergebnis des Volksbegehrens ignoriert. Selbst die Wohngebiete in der Nähe des Flughafens sprachen sich durchweg mit großer Mehrheit für den Erhalt des Flughafens Tempelhof aus. Die Entscheidung ist unwiderruflich gefallen; daher geht es nun um die Perspektiven des Flughafengeländes. Bis heute hat der Senat kein tragfähiges Nutzungskonzept entwickelt. Allein die mangelhafte Auslastung der Flughafengebäude kostet Berlin pro Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag. Das ist jährlich etwa fünfmal so viel wie unserem Bezirk für die Instandhaltung der Grünanlagen zur Verfügung steht.

Wir halten zusätzliche Wohnbauten oder eine Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Feld aus Gründen des Stadtklimas für falsch. Stattdessen bietet sich die Chance, durch eine künftige Nutzung als Sport-, Freizeit- und Grünanlage die Unterausstattung an Sportanlagen

der angrenzenden Wohnquartiere von Neukölln, Kreuzberg und Tempelhof auszugleichen und das Stadtklima positiv zu beeinflussen.

- Wir wollen deshalb,
- dass bei der künftigen Parkplanung folgende Bedingungen berücksichtigt werden:
 - die Bedeutung des Tempelhofer Feldes als wichtigstes Kaltluftentstehungsgebiet für die südliche Innenstadt. Dies ist umso wichtiger, weil bereits in naher Zukunft für die Innenstadt Berlins durch den Klimawandel deutliche Temperaturanstiege in den Sommermonaten prognostiziert werden;
 - die Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen am Südrand des Tempelhofer Feldes. Damit wird die Parkanlage gegen den Lärm der S-Bahn- und Autobahntrasse abgeschirmt;
 - die Einbeziehung eines Betriebskonzeptes. Die CDU plädiert dabei für eine langfristig gesicherte und bewachte Parkanlage mit überwachten Eingängen, damit auf dem ehemaligen Flughafengelände keine Verwahrlosung und Kriminalität entstehen kann;
- dass das in Zehlendorf beheimatete Alliiertenmuseum auf dem Flughafengelände, dem Symbol der Luftbrücke, angesiedelt wird. Die hunderttausend Besucher und Touristen könnten dem Tempelhofer Damm im nördlichen Bereich einen entscheidenden Schub geben und Grundlage für ein Tempelhof-Schöneberger Tourismuskonzept werden. Mit dem Check Point Charlie, dem Alliiertenmuseum im ehemaligen Flughafen, dem Rathaus Schöneberg sowie dem Alliierten Kontrollratsgebäude in der Potsdamer Straße ergibt sich ein eng zusammenliegender Bereich wichtigster historischer Standorte des geteilten Berlin und der westalliierten Schutzmächte. Hieraus kann sich als Folge von nationalem und internationalem Tourismus eine Stärkung des Einzelhandels in den Ortsteilen Tempelhof und Schöneberg ergeben;
-
- dass der Senat unter Einbeziehung der Bezirke ein Verkehrskonzept vorlegt, da Teile des Flughafens vermutlich dauerhaft als Standort für Großveranstaltungen genutzt werden. Hierzu ist auf dem Flughafengelände eine großzügig bemessene Zahl von Stellplatzflächen einzurichten, die ggf. durch die Veranstalter betrieben werden können. Hier kann an die Tradition bei Veranstaltungen der Alliierten auf dem Flughafengelände angeknüpft werden. Entscheidend ist, dass die Anwohner der Gartenstadt Neu-Tempelhof endlich von den teilweise chaotischen Verkehrsverhältnissen erlöst werden.

6. Ortsteil Schöneberg

Die Entwicklungen im Ortsteil Schöneberg waren in den letzten Jahren durchweg positiv. Der Sozialstrukturatlas für Berlin weist in allen Schöneberger Kiezen eine positive Entwicklung aus. Auf diesem Weg wollen wir kiezbezogen weitergehen. Während in der Monumentenstraße Investitionen in den Wohnungsneubau für eine bessere soziale Mischung des Viertels zweckmäßig sind, können sie z. B. im Bayerischen Viertel das Gegenteil bewirken. Ziel aller Maßnahmen ist immer ein attraktives Wohnraumangebot für alle sozialen Schichten. Mit dem Einzug eines neuen Hotels in den leerstehenden Gebäudekomplex in der Nürnberger Straße haben sich die südlichen Nebenstraßen der Tauentzienstraße wieder belebt. Mit der Neugestaltung des Mittelstreifens zwischen Wittenbergplatz und Gedächtniskirche wird die Aufenthaltsqualität der wichtigsten

Geschäftsstraße unseres Bezirks weiter gestärkt. Folgende Handlungsschwerpunkte sehen wir für die Zukunft:

- Durch den Bau des neuen Gleisdreieckparks wird der Kiez um die Monumentenstraße direkt an die zentrale Innenstadt am Potsdamer Platz angeschlossen. Damit entsteht an dieser Stelle langfristig ein attraktives Wohngebiet mit sich verändernder Bewohnerstruktur und sozialer Aufwertung. Damit dieser Prozess behutsam erfolgt, ist die Politik gefordert. Rund um die Monumentenstraße müssen wir die Chance nutzen, Neues mit Altem zu verbinden und das Wohnumfeld des Gebietes zu verbessern. Beim geplanten Grünzug entlang der Bahntrassen hält die CDU die Abschirmung der Grünanlage zwischen Yorckstraße und Monumentenbrücke durch eine vegetative Lärmschutzwand für zwingend notwendig, um eine Nutzung des Parkstreifens für die Anwohner sicherzustellen.
- Die Yorckstraße und die Yorckbrücken müssen durch die Parkgestaltung ihren trennenden Charakter verlieren. Für den Straßenzug ist nach Fertigstellung des Gleisdreieckparks durch gewerbliche Nutzung eine verbesserte Aufenthaltsqualität zu entwickeln.
- Durch die Fertigstellung des Bahnhofs Südkreuz und des in Realisierung befindlichen europäischen Energieforums (EUREF) im alten Gasometer an der Torgauer Straße sind die entscheidenden Anstöße für eine positive Entwicklung des Sachsenbams und der Schöneberger Insel gemacht worden. Einerseits wollen wir in den nächsten Jahren weitere Investitionen für eine Mischung aus Handel, Wohnraum und Gewerbe in räumlicher Nähe zum Bahnhof Südkreuz fördern, andererseits gilt es, die Wohnqualität des Naumannkiezes durch mehr Grün und weniger Verkehrslärm zu verbessern. Der neue Cheruskerpark sowie die mit EUREF verbundene Verbesserung der Einzelhandelsstruktur im Gebiet der Schöneberger Insel werden diesen Prozess zusätzlich befördern.
- Für den Bereich des Bayerischen Platzes brauchen wir eine deutliche Verbesserung von Sauberkeit und Sicherheit. Hier kann mit vergleichsweise wenig Geld und dem konsequenten Einsatz des Ordnungsamtes viel erreicht werden. Dafür werden wir uns einsetzen.
- Der Vorplatz des Rathauses Schöneberg wird mit seinen verwahrlosten Bepflanzungen immer stärker zum Schandfleck. Hier brauchen wir kurzfristig eine kostengünstige und attraktive Bepflanzung der Beete und Pflanzschalen.
- Die Wiederbelebung der Potsdamer Straße/Hauptstraße als Geschäftsstraße hat weiterhin oberste Priorität. Ausgehend vom Potsdamer Platz sind erste Erfolge zu erkennen. Deshalb brauchen wir:
 - ein Tourismuskonzept mit den Attraktionen entlang dieses Straßenzuges. Mit Kleistpark, Königskolonnaden und dem ehemaligen Alliierten Kontrollratsgebäude, dem Rathaus Schöneberg als Sitz der Regierung West – Berlins und mit der Ausstellung zum jüdischen Leben im Bayerischen Viertel und als Ausgangspunkt für Kurzspaziergänge sowie dem RIAS - Gebäude gibt es wichtige touristische Anlaufpunkte. Nur zwischen Friedrichstraße und Flughafen Tempelhof gibt es eine ähnliche Ansammlung an Standorten internationaler Nachkriegsgeschichte des geteilten

Deutschland. Mit einem vernünftigen Konzept bieten sich durchaus Chancen zur Aufnahme in internationale Reiseführer, um zusätzliche Kaufkraft für den Einzelhandel zu gewinnen. Ohne die nötige Kaufkraft bleibt der Straßenzug ein Schatten seiner selbst;

- eine deutliche Reduzierung der aggressiven und globalisierten Straßenprostitution an der Kurfürstenstraße, die in den letzten Jahren unerträgliche Ausmaße für die Anwohner angenommen hat. Sie verhindert eine Stabilisierung der Potsdamer Straße zwischen Potsdamer Platz und Bülowbogen. Die CDU fordert deshalb tagsüber einen Sperrbezirk zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und anderen Anwohnern. Hier haben wir in der Vergangenheit bereits deutlich Stellung bezogen, aber weder im Bezirk noch beim Senat eine Mehrheit gefunden;
- die weitere Stärkung des Einzelhandelsschwerpunktes Kaiser-Wilhelm-Platz durch ein tragfähiges Marketingkonzept;
- die Förderung von Galerieansiedlungen und ähnlichen Kunststandorten sowie die Etablierung von Hotels im Straßenzug.

7. Ortsteil Friedenau

Friedenau gehört zu den attraktivsten Wohnlagen in Berlin. Dies gilt es auch künftig zu sichern. Die Lösung eines der wichtigsten Probleme der Friedenauer - die Erweiterung der Straßenentwässerung - konnte gemeinsam mit der Anwohnerinitiative und der CDU-Abgeordnetenhausfraktion ohne finanzielle Beteiligung der Anwohner erreicht werden. Die Baumaßnahme hat bereits begonnen und wird die regelmäßige Überflutung der Keller in der Friedenauer Senke bei stärkeren Regenfällen beenden. Darüber hinaus wurde in der Haupt- und Rheinstraße eine kostenfreie Kurzparkzone eingerichtet, die sowohl den Kunden als auch den Geschäftsinhabern geholfen hat. Für die Zukunft sehen wir folgende Handlungsfelder:

- Das Bezirksamt wird als Folge des Personalabbaus der vergangenen Jahre und der problematischen Haushaltslage das Rathaus Friedenau als Verwaltungsstandort aufgeben. Parallel dazu ist es notwendig, über ein Nachnutzungskonzept des Gebäudes in öffentlicher oder privater Trägerschaft nachzudenken. Die geplanten Veränderungen am Breslauer Platz sollten privatwirtschaftliche Nutzungen des Gebäudes (z. B. als Hotel) zumindest nicht behindern und sind hinsichtlich künftiger Nutzungsvarianten noch einmal zu überprüfen. Rathaus und Rathausplatz haben für Friedenau herausragende Bedeutung, der Bezirk kann sich hier keinen jahrelangen Gebäudeleerstand leisten.
- Die Parkplatzsituation ist in Friedenau unverändert schwierig - da bezogen auf die Anwohnerschaft - mehr als 1000 Parkplätze fehlen. Wir wollen aufgrund der vielen Anwohnerwünsche aus dem Gebiet Ceciliengärten und anderer nördlicher Wohngebiete von Friedenau die Parkraumbewirtschaftung bis zum Innsbrucker Platz ausweiten. Dies wird möglicherweise nicht kostendeckend für den Bezirk sein, verbessert aber die Wohnsituation der Anwohner deutlich.
- Der Lärm der Stadtautobahn ist durch geeignete Maßnahmen, z. B. Lärmschutzwände, für die Anwohner zu vermindern; die Wohnqualität der betroffenen Straßen im Dürerkiez wird damit erhöht. Darüber hinaus unterstützen wir den Wunsch der Anwohner nach mehr Sauberkeit im Kiez und werden prüfen, ob eine Erhöhung der

Reinigungsklassen durch die BSR eine Verbesserung der Situation ergeben kann, oder ob mehr Kontrollen durch das Ordnungsamt oder ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement der Schlüssel zum Erfolg sind.

- Zur Stärkung des Einzelhandelsstandortes Rheinstraße fordert die CDU ein professionelles Geschäftsstraßenmanagement unter Einbeziehung der Einzelhändler und Hauseigentümer. Die Rheinstraße wird nur dann langfristig florieren, wenn das Einzelhandelsangebot eine sinnvolle Ergänzung zur Schloßstraße darstellt.
- Für das Gelände des Güterbahnhofs Wilmersdorf am Innsbrucker Platz sind immer wieder neue Investitionsvorhaben im Gespräch. Hier können wir uns eine kleinteilige Mischung aus Wohnen, Handel und Büronutzung vorstellen. Wichtig ist, dass sich keine nachhaltige Wohnwertminderung für die jetzigen Anwohner durch die künftige Nutzung ergibt.

8. Ortsteil Tempelhof

Das neue Einkaufszentrum am Tempelhofer Hafen hat zwar eine positive Wirkung auf diesen Teil des Tempelhofer Damms; die sinnvolle Ergänzung für den nördlichen Tempelhofer Damm, das Rathauscenter, konnte jedoch bis heute mangels Investor nicht realisiert werden. Hier wurde unter dem rot-grünen Senat zu Beginn des Jahrtausends wertvolle Zeit verloren. In Tempelhof Ost, nahe der Bezirksgrenze zu Neukölln, hat sich die Sozialstruktur weiter verschlechtert. Dadurch wurde ein neuer sozialer Brennpunkt im Bezirk geschaffen. Hier wollen wir prüfen, ob mit gezielten Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes sowohl in baulicher als auch sozialer Hinsicht dem weiteren Abstieg gezielt entgegengewirkt werden kann. Der Schlüssel für die Revitalisierung Tempelhofs liegt in einem tragfähigen Konzept für das ehemalige Flughafengelände. Wir wollen außerdem

- dem Tempelhofer Damm als Einkaufsstraße durch ein weiteres Einkaufszentrum auf dem Rathausparkplatz einen neuen Impuls geben,
- die Stärkung der nördlichen Manfred-von-Richthofen-Straße als regionale Einkaufsstraße,
- die Gartenstadt Neu-Tempelhof als einzigartiges bauliches Ensemble im innerstädtischen Bereich Berlins erhalten und schützen. Um die Wohnqualität zu erhalten, bedarf es eines gemeinsamen Verkehrskonzepts von Senat und Bezirk, um die Verkehrsprobleme zu lösen, die durch den Besucherandrang auf dem benachbarten Tempelhofer Feld entstanden sind.
- die Neuordnung der Industrieflächen an der Germania- und Oberlandstraße mit dem Ziel der Ansiedlung von Gewerbe oder kommerziellen Sport- und Freizeitanlagen,
- neues Leben auf brachliegenden Industrieflächen. Im Bereich Tempelhof werden viele dieser Flächen nach Fertigstellung der A 113 eine sehr gute Verkehrsanbindung insbesondere zum neuen Flughafen Schönefeld (BER) haben. Auch hier gilt es, die Chancen des Standorts durch kluges Marketing zu nutzen, um Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in unserem Bezirk anzusiedeln.

9. Ortsteile Mariendorf und Marienfelde

Die Ortsteile Mariendorf und Marienfelde gehören zu den bevorzugten Wohnlagen im Bezirk. Dies gilt es sowohl für Mietwohnungen als auch für die Einfamilienhausgebiete in bisheriger Struktur zu sichern. Gleichzeitig zeichnet sich immer stärker ab, dass die großen, oft völlig ungenutzten Industrieflächen nicht mehr durch produzierendes Gewerbe wiederbelebt werden können. Hierfür sind neue Nutzungskonzepte jenseits von großflächigen Einkaufsmärkten zu entwickeln. Für die künftige Wahlperiode wollen wir Folgendes erreichen:

- Die planungsrechtliche Ausweisung nicht mehr benötigter Industriebrachen soll planungsrechtlich als Siedlungsfläche für Einfamilienhäuser ausgewiesen werden.
- Nach unterschiedlichen aber nicht realisierten Ideen für das Gasag-Gelände an der Ringstraße ruhen derzeit alle Planungen. Wir halten hier unverändert am Planungsziel zur Errichtung eines Gewerbegebiets fest, für das aufgrund der Größe Investoren mit unterschiedlicher Ausrichtung gewonnen werden müssen. Bei allen weiteren Planungen sind auch die begrenzten Verkehrsverbindungen und die naheliegenden Wohngebiete hinsichtlich der Belastungen durch Lärm und Verkehr zu beachten.
- Für den Hafen am Gasag-Gelände halten wir die Entwicklung zu einer Freizeithafenanlage für Sport- und Hausboote für eine denkbare Lösung und sinnvolle Ergänzung zum Tempelhofer Hafen. Der Teltowkanal hat seine alte Bedeutung als Industrieschiffahrtsstraße längst verloren. Die alten Hafenanlagen bieten insbesondere in den Sommermonaten eine gute Möglichkeit für individuellen Berlintourismus.
- Die CDU sieht das steigende Aufkommen von Jugendbandenkriminalität rund um den Volkspark Mariendorf mit großer Sorge. Dieser Entwicklung muss mit verstärkter Präsenz von Polizei und Ordnungsamt entgegengetreten werden.
- Die dauerhafte Sicherung der Kleingartenanlagen entlang der Rixdorfer Straße.
- Den Erhalt der Kleingartenanlagen in der Säntisstraße. Es ist nicht nachvollziehbar, warum nutzbare Grünflächen in Schrottplätze und ähnliche Gewerbeeinrichtungen verwandelt werden sollen.
- Die dauerhafte Sicherung des Industriestandorte an der Buckower Chaussee/ Motzener Straße sowie der Großbeerstraße. Das aktive Engagement des Bezirkes für diesen Standort sowie die positive Imagekampagne der Eigentümer ist modellhaft in Berlin.
- Wir haben unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen den Neubau einer wettkampfgerechten Sporthalle am Baußernweg begonnen. Diese wichtige Maßnahme für die Sportvereine im Süden des Bezirks führt an Veranstaltungstagen zu Parkplatzproblemen für die Anwohner der Stadtrandsiedlung. Hier muss es zu einem Interessenausgleich und folgerichtig zu einer ausreichenden Anzahl von Stellplätzen auf dem Sporthallengelände kommen.
- Der Kreuzungspunkt B 101 an Nahmitzer Damm und Hildburghäuser Straße muss umgestaltet werden, um den alltäglichen Stau im Berufsverkehr zu vermeiden. Davon wird auch die geschützte Dorfaue Marienfelde profitieren, die durch Ausweichverkehr belastet ist.

10. Ortsteil Lichtenrade

Lichtenrade als der südlichste Teil des Bezirks wird von vielen Menschen bewohnt, die eine ausgeprägte Bindung an ihren Ortsteil haben. Sie leben teilweise seit mehreren Generationen hier und sind stolz auf ihren Bürgersinn und das besondere Lebensgefühl. Dieses ist jedoch zunehmend gefährdet. Die neuen Flugrouten des Großflughafens BER, das ungelöste Problem der Dresdener Bahn, die steigende Verkehrsbelastung durch den Ausbau der B 96 am Kirchhainer Damm schaffen bei vielen Lichtenratern eine Mischung aus Wut, Enttäuschung und Zukunftsangst. Die Absicht des Senats, verschiedene Strafvollzugs – und überregionale Drogenprojekte in Lichtenrade anzusiedeln, machen die Situation für die Lichtenrader unerträglich, was auch bei den Lichtenrader Montagsdemonstrationen spürbar ist. Wir fordern deshalb: Schluss mit der Zerstörung eines ganzen Ortsteils und den gewachsenen Strukturen in Lichtenrade. Die CDU steht deshalb für folgende Positionen:

- Die Flugrouten für den Großflughafen BER müssen bleiben - wie im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu Grunde gelegt und vorgesehen! Entscheidungen der Politik müssen berechenbar sein, darauf müssen die Menschen vertrauen können. Viele Menschen haben ihre Lebensplanung auf dieser Grundlage getroffen. Ein Verlassen dieser Planungsgrundlage widerspricht dem Politikverständnis der CDU. Die Belastungen für die Lichtenrader müssen auch angesichts der Nähe zu BER in einem vertretbaren Rahmen bleiben.
- Der Ausbau der Dresdener Bahn ist die wichtigste Ausbaumaßnahme im südlichen Berliner Eisenbahnnetz. Nach bisheriger Bahnplanung durchschneidet die neue Trasse den ganzen Ortsteil Lichtenrade in ebenerdiger Bauweise bei gleichzeitig völlig unzureichenden Umweltschutzmaßnahmen. Dies ist für die Lichtenrader Bürger unzumutbar. Wir setzen uns deshalb gemeinsam mit der „Bürgerinitiative Lichtenrade – Dresdener Bahn e.V. – Bahn für die Menschen“ weiter dafür ein, dass
 - ein Tunnel für die Bahntrasse in Lichtenrade errichtet und endlich eine Zusage des Landes Berlins zur Finanzierung der Mehrkosten gegeben wird,
 - auf der gesamten Strecke ein umfassender Erschütterungs– und Lärmschutz für Lichtenrade und Marienfelde sichergestellt wird und
 - Fördermittel aus der Europäischen Union für das Projekt beantragt und auch tatsächlich abgerufen werden.
- Die Verkehrsauswirkungen der ausgebauten B 96 müssen für Lichtenrade abgewartet werden. Sollte sich der Verkehr entgegen den Erwartungen auch über die Nebenstraßen Lichtenrades verteilen, wird sich die CDU für wirksame Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in den betroffenen Gebieten stark machen.
- Die CDU will die Erhaltung und Stärkung der Bahnhofstraße als regionales Einkaufs– und Gewerbezentrum. Die Straße ist zugleich Lichtenrades Herz und Begegnungsstätte sowie die regionale Einkaufsstraße für den täglichen Bedarf der Lichtenrader. Deshalb halten wir den Neubau eines kleinen regionalen Einkaufszentrums und die Wiederbelebung der alten Mälzerei als Kultur- und Gastronomiestandort für eine gute Idee. Auch hier gilt: Planungen müssen mit und nicht gegen die Bewohner erfolgen. Wir wollen deshalb die Vertretung der Gewerbetreibenden (AG Bahnhofstraße) und andere Ortsteilinitiativen in die Planung einbeziehen.

- Lichtenrade ist traditionell stark mit den Umlandgemeinden verzahnt. Wir wollen deshalb die Stärkung der gemeinsamen Landesplanung mit Brandenburg bei Grün- und Umweltmaßnahmen, z. B. Ausdehnung des Landschaftsparks Hoher Fläming auf Teile von Lichtenrade.
- Keine Verlagerung der Drogenfachabteilung der Jugendstrafanstalt an den Standort Lichtenrade, denn wir wollen dort keinen Kriminalitätsschwerpunkt schaffen. Stattdessen halten wir die Verlagerung der bislang in Lichtenrade untergebrachten Untersuchungshäftlinge zum Standort Plötzensee für sinnvoll. Die dann freierwerdenden Gebäude können nach entsprechender Instandsetzung durch die Jugendarrestanstalt genutzt werden. Damit entfielen der teure Erweiterungsbau der Jugendarrestanstalt.
- Wir wenden uns gegen Überlegungen, das Gemeinschaftshaus Lichtenrade als Bürogebäude zu nutzen und wollen es als Veranstaltungs- und Kommunikationszentrum erhalten.

11. Verkehr, wir suchen individuelle Lösungen

Berlin wird täglich durch Tausende von LKW mit Waren beliefert und gleichzeitig verlassen Tausende von LKW mit in Berlin produzierten Waren unsere Stadt. Ohne gut ausgebaute und nutzbare Verkehrswege gehen wichtige Investitionen und Arbeitsplätze für uns verloren. Täglich erreichen Hunderttausende von Pendlern ihre Berliner Arbeitsplätze. Die Annahme, sie über das bisherige Maß hinaus auf den öffentlichen Nahverkehr umzuleiten, ist angesichts des schlechten Zustands der Nahverkehrsmittel und der kaum ausgebauten „Park and Ride“-Flächen an den Knotenpunkten des Nahverkehrs im Berliner Umland lediglich Wunschtraum ohne realen Hintergrund. Der Berliner Senat hat ein Jahrzehnt bei der Verkehrspolitik verschlafen, denn durch unverbindliche Versprechungen lassen sich keine Verkehrsströme lenken. Hier zählen ausschließlich Fakten: 60% des motorisierten Verkehrs in Berlin ist Wirtschaftsverkehr, deshalb spielt das Auto in Berlin nach wie vor eine wichtige Funktion im Verkehrsgefüge der Stadt. Und in diesem Zusammenhang ist die Frage der Elektromobilität als Zukunftstechnologie wichtig für Berlin. Die CDU setzt auf ein vernünftiges Miteinander von PKW-/LKW-/Motorrad-/Fahrrad- und Fußgängerverkehr. Wir sehen deshalb folgende Aufgaben für die Verkehrspolitik des Bezirks:

Ampelschaltungen

- Eine Verflüssigung des Verkehrs auf den Hauptstraßen ist Ausdruck umweltpolitischer Vernunft, um Lärm- und Abgasbelastungen (bei Brems- und Beschleunigungsvorgängen) auf das erzielbare Minimum zu reduzieren. Deshalb sind intelligente und optimierte Ampelschaltungen unter Berücksichtigung der jeweils vorgegebenen Geschwindigkeiten für unterschiedliche Tageszeiten einzubauen und für die Nachtstunden die Abschaltung der Ampelanlagen zu prüfen.
- Für Fußgänger müssen sichere Übergänge auf stärker befahrenen Straßen, ggf. durch mehr Ampelanlagen, geschaffen werden. Dies soll insbesondere älteren Menschen und Kindern die notwendige, auch gefühlte Sicherheit vermitteln. Dabei ist bei jeder Baumaßnahme auch im Bereich der Nebenstraßen ein behindertengerechter Umbau durch Absenken der Bordsteine vorzunehmen sowie

der forcierte Ausbau und die regelmäßige Wartung von Blindenampeln zu gewährleisten.

Tempo 30

- Auf rund 70% der Berliner Straßen gilt Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit. Dies ist in Tempelhof-Schöneberg nicht anders. Dazu kommen Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Schulen und Kindergärten, so dass mit Ausnahmen des Hauptverkehrsstraßennetzes flächendeckend Tempo 30 gilt. Eine Ausweitung dieser Maßnahme auf die Hauptstraßen würde zur Verlagerung von Durchgangsverkehr in bestehende Tempo-30-Zonen führen und die Verkehrsbelastung der Wohnstraßen rückgängig machen. Die CDU ist für den Erhalt der jetzigen Situation und wird bei Bedarf Tempo-30-Regelungen ausweiten bzw. bei Unzweckmäßigkeit wieder zurücknehmen. Wir suchen nach individuellen Lösungen und lehnen ein generelles Tempo 30 für Berlin ab.

Fahrradverkehr

Fahrradverkehr ist ökologisch sinnvoll und bietet eine schnelle und kostengünstige Alternative für Freizeitfahrten und Fahrten zum Arbeitsplatz. Das Fahrrad ist in der Innenstadt bei Entfernungen bis zu 10 km eine echte Alternative zum Auto und zum öffentlichen Nahverkehr. Für Pendler und Wirtschaftsverkehr ist er bisher bedeutungslos. Fahrradverkehr darf nicht als Waffe für einen ideologischen Kampf gegen das Auto dienen, sondern muss seinen eigenen festen Platz in einem Berliner Verkehrskonzept haben. Wer Fahrradverkehr fördern will, muss deshalb

- untersuchen, welche Straßen einem stärkeren Fahrradverkehr dienen sollen. Hier sind dann auch dementsprechende Sicherheitsmaßnahmen wie Fahrradstreifen und ein fahrradfreundlicher Straßenbelag vorzusehen.
- erkennen, dass Straßen mit stärkerem LKW-Verkehr für regen Fahrradverkehr insbesondere von Kindern, älteren oder ungeübten Fahrradfahrern aus Gründen der Verkehrssicherheit ungeeignet sind. Die CDU hält deshalb den Ausbau des Fahrradverkehrs im Bezirk auf den Nebenstraßen und in Tempo-30-Zonen für sinnvoll. Hierfür brauchen wir ein Gesamtkonzept.
- für Pendler Möglichkeiten schaffen, im öffentlichen Nahverkehr das Fahrrad transportieren zu können. Hierfür brauchen sie sowohl in der U-Bahn aber insbesondere bei der S- Bahn mehr spezielle Wagen, in denen die Fahrräder mitgenommen werden können. Die jetzige Lösung ist eine Zumutung für alle Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Solche Maßnahmen kosten zusätzlich Geld.

Alle Verkehrsteilnehmer müssen sich an feste Regeln halten, ansonsten gefährden sie sich und andere. Mit einem gewünschten Anstieg des Fahrradverkehrs werden wir nach Möglichkeiten zur Kennzeichnung von Fahrrädern suchen müssen, um Verkehrsverstöße, wie bei anderen Verkehrsteilnehmern auch, entsprechend ahnden zu können.

Lärminderung

Zu den unangenehmsten Begleiterscheinungen von Verkehr gehört Lärm. Wo immer nur möglich, brauchen wir deshalb Maßnahmen zur Lärminderung, insbesondere auf den Hauptverkehrsstraßen. Deshalb wollen wir

- mit einer Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) die B 101 über Lankwitz und Grazer Damm an die innerstädtische Autobahn anbinden. Diese Planung würde den Mariendorfer und Tempelhofer Damm deutlich vom LKW – Verkehr entlasten,
- die Entwicklung des Güterverteilzentrums Tempelhof zur Anlieferung von Versorgungsgütern über die Bahn,
- Umwelt-Sondermittel zur Sanierung der Hauptverkehrsstraßen mit lärmindernden Fahrbahnbelägen.

Keine Vernichtung von Parkplätzen in Tempelhof/ Schöneberg

Gängige Praxis zur Drangsalierung des PKW – Verkehrs ist das Vernichten von Parkflächen in der Innenstadt. Dies halten wir für falsch. Wir wollen:

- keine Parkraumvernichtung in Gebieten mit hohem Parkraumdefizit für die Anwohner (z. B. in Friedenau). Für solche Gebiete ist die Prüfung von Parkraumbewirtschaftung bzw. im Einzelfall auch die Anordnung von Querparkmöglichkeiten sinnvoll,
- keine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung innerhalb des Innenstadtrings (S-Bahnring). Parkraumbewirtschaftung dient dem Schutze der Anwohner in Gebieten mit Parkplatzdefiziten, sie darf nicht zur Sondersteuer für Autofahrer in der Innenstadt werden. Generelle Parkraumbewirtschaftung belastet Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen und fördert genauso wie steigende Mieten die soziale Entmischung in der Innenstadt. Die Einführung einer sogenannten Stellplatzobergrenzenverordnung durch den Berliner Senat, die bei neuen Vorhaben die Zahl von Parkplätzen drastisch reduziert, lehnen wir ab,
- die ortsansässige Bevölkerung frühzeitig über Planungen zum Straßenumbau informieren und in den Planungsprozess einbinden.

Öffentlicher Nahverkehr

Der öffentliche Nahverkehr in Berlin war qualitativ und quantitativ noch nie so unattraktiv wie heute. Als Symbol steht dafür die Berliner S-Bahn. Aber auch die BVG hat seit Jahren die Taktzeiten der U-Bahnen und Busse verschlechtert. Von Wartungsmängeln bei Bussen - mit der Folge von Motorbränden - bis zum Radverlust von Linienbussen hatte die BVG berechtigte Kritik erfahren müssen. Auch hier zeigt das Sparen an der falschen Stelle seine Folgen. Nur mit einem verbesserten Angebot des öffentlichen Nahverkehrs lässt sich langfristig der öffentliche Nahverkehr zu Lasten des Individualverkehrs ausbauen. Wir wollen:

- die Verkehrsanbindung der Bezirkszentren (Rathaus Schöneberg, Rathaus Tempelhof, Lichtenrade und Walther-Schreiber-Platz) über Sonderbusse an den Flughafen BER zeitgleich zur Eröffnung des Flugbetriebs.

- einen zusätzlichen Haltepunkt der Regionalbahn in Marienfelde im Bereich der Buckower Chaussee, um den Verkehr von der B 101 über P+R-Plätze auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiv zu verlagern.
- zur Verbesserung der Sicherheit auf den Bahnhöfen eine verbesserte Videoüberwachung und mehr Personal. Für besonders belastete innerstädtische Buslinien (z. B. M46, M48 und M85) ist die Wiedereinführung von Schaffnern zu prüfen. Hierdurch reduzieren sich die Fahrzeiten der Busse und gleichzeitig die Vandalismusschäden.
- Park-and-ride-Parkplätze an Verkehrsknotenpunkten des Nahverkehrs schaffen, um den Kfz-Verkehr zu vermindern. Die CDU fordert deshalb den Bau von Park-and-ride-Parkplätzen an den S-Bahnhöfen Mahlow und Blankenfelde als sinnvolles und verkehrsentlastendes Angebot für Pendler aus dem Umland. Das ist Aufgabe der gemeinsamen Landesplanung mit Brandenburg.

II. Bildung und Erziehung haben Vorfahrt

Wollen wir auch künftig unseren heutigen Lebensstandard in Deutschland erhalten, ist unser wichtigster „Rohstoff“ Bildung und der Leistungswille unserer Bevölkerung! Wir sind davon abhängig, einen Innovationsvorsprung zu halten, sonst werden sich unsere Lebensbedingungen langfristig verschlechtern. PISA (Programm zur internationalen Schülerbewertung) brachte es an den Tag: Deutschland befindet sich im internationalen Vergleich bestenfalls im oberen Mittelfeld, Berlin lag im Vergleich der deutschen Bundesländer in der Schlussgruppe. Deshalb setzen wir im Bereich Bildung einen politischen und finanziellen Schwerpunkt. Unsere Gesellschaft verändert sich: Die Anzahl der Jüngeren nimmt ab, die der Älteren steigt. Wir können es uns nicht leisten, dass fast 10% der Berliner Schüler die Schulen ohne Schulabschluss verlassen und in der Welt von Morgen praktisch chancenlos sind. Pünktlichkeit, Ordnung und Fleiß müssen wieder stärkere Bedeutung im Rahmen der Erziehung bekommen, um junge Menschen konkurrenzfähig in den Arbeitsmarkt entlassen zu können. Wir müssen unsere Bildungsreserven auf allen Ebenen im Rahmen einer neuen Bildungsoffensive aktivieren. Fördern und Fordern im Sinne des lebenslangen Lernens gilt für alle, in besonderem Maße für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien. Dazu gehören: Erhöhung der Quote von Schülern und Schülerinnen mit anerkanntem Schulabschluss, zeitgemäße Berufsausbildung und Weiterbildung, z. B. von Facharbeitern zu Ingenieuren und Qualifizierung von Menschen ohne Ausbildung. Dafür brauchen wir in erster Linie klare Konzepte und den Willen, diese umzusetzen, aber auch eine Aufstockung der Bildungsausgaben.

In keinem Bundesland ist der Bildungserfolg so stark mit der sozialen Herkunft verbunden wie in Berlin. Das ist eine Bankrotterklärung für die Bildungspolitik von SPD und Linkspartei, die bei allen ihren Reformbewegungen das Gegenteil propagierten und seit 10 Jahren die politische Verantwortung in Berlin tragen. Die CDU will dies grundlegend ändern, sowohl in der Schulbildung als auch in der Erwachsenenbildung. Im Folgenden wird ausgehend vom bezirklichen Fokus skizziert, welche Ziele die CDU Tempelhof-Schöneberg für die kommende Legislaturperiode anstrebt.

1. Wir brauchen ein leistungsfähiges Schulsystem

Die Zuständigkeiten des Bezirks im Schulbereich erstrecken sich auf die „äußeren Schulangelegenheiten“, d. h. auf die Schulentwicklungsplanung, die Einrichtung und den Erhalt von Schulgebäuden und das bedarfsgerechte Vorhalten von Schulplätzen. Damit untrennbar verbunden bleiben jedoch pädagogische und organisatorische Fragestellungen, die im Wechselspiel zwischen dem Land Berlin und dem Bezirk gelöst werden müssen.

Der Auftrag von Schulen und Lehrkräften geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen Werte und soziale Kompetenzen, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Hier ist vorrangig das Elternhaus in der Pflicht, doch auch den Schulen kommt eine wichtige ergänzende Bedeutung zu. Durch eine stärkere Identifikation mit der eigenen Schule wird eine höhere Bereitschaft erreicht, sich für die Schulgemeinschaft einzusetzen und das Lernklima zu verbessern. Wir begrüßen die Veröffentlichung der Schulergebnisse bei Vergleichsarbeiten, mittlerem Schulabschluss usw. im Internet. Transparenz hilft Eltern sowie Schülerinnen und Schülern bei der Schulwahl.

Aufgrund der schlechten Ergebnisse für deutsche Schülerinnen und Schüler in internationalen Vergleichsstudien haben die Berliner Schulen in den letzten Jahren eine Fülle von Reformen erlebt. Um festzustellen, ob und wie eine Reform wirkt, bedarf es einer Reformpause und fundierter Untersuchungen über die erreichte Unterrichtsqualität. Wir fordern ein Ende der ständigen Schulreformen ohne ausreichende Finanzierung von Unterstützungssystemen für die betroffenen Schulen. Das Schulinspektionswesen muss überarbeitet und gestärkt werden, damit es ein taugliches Instrument zur Messung der Qualität einer Schule und des Unterrichts wird. Es muss sicher gestellt sein, dass aus den Ergebnissen der Schulinspektion Konsequenzen für die pädagogische Arbeit an den Schulen gezogen werden, aber auch personelle Konsequenzen müssen möglich sein.

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesrepublik Deutschland werden von Land und Bezirk weitere Schritte gefordert, die einen integrativen Schulbesuch von Schülern und Schülerinnen mit Behinderung an Regelschulen (Inklusion) sicherstellen können. Eine flächendeckende Einführung der Inklusion ist allein aus baulicher Sicht mit den vorhandenen Ressourcen nicht möglich. Daher sind regionale Schwerpunktschulen zu fördern. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat sich z. B. die Steinwaldschule dieser Aufgabe gestellt.

Die CDU hält weiterhin am Wahlpflichtfach Religion/Ethik fest, auch wenn das Volksbegehren „Pro Reli“ nicht zu einer veränderten Politik des Berliner Senats geführt hat. Dieses Modell bietet auch die Möglichkeit eines Islamkundeunterrichts von in Deutschland ausgebildeten Lehrern unter staatlicher Regie. Dies verhindert auch die Vermittlung eines Weltbildes, das im Hinblick auf die Lebensverhältnisse in Deutschland zumindest problematisch ist.

2. Unsere Schulstandorte richten sich nach Angebot und Nachfrage

Seit Jahren beklagen wir immer wieder, dass die Instandhaltung der öffentlichen Gebäude durch das Land Berlin unzureichend ist. Kann dies auch künftig nicht sichergestellt werden, muss ernsthaft geprüft werden, wie die z. T. unhaltbaren Zustände mit Hilfe privater Investoren verändert werden können. Der Sanierungsstau von de facto 100 Millionen Euro allein an den Schulen und Sporthallen unseres Bezirks lässt sich durch Schönreden nicht

abbauen. Vorrangig ist unbedingt ein Programm zur Toilettensanierung sowie zum Bau von Mensen als Essensräume für Schulen mit Ganztagsangebot. Wir wollen eine kritische Betrachtung von Schulstandorten, wenn die Akzeptanz der Eltern, ablesbar anhand niedriger Schüleranmeldezahlen, schwindet. Liegen die Defizite in erster Linie im pädagogisch-inhaltlichen Bereich, bedarf es z. B. unterstützender Hilfen für die Pädagogen-Teams oder ggf. einer Veränderung in der Schulleitung. Liegen die Defizite im baulichen Bereich, ist neben der Sanierung des Gebäudes auch die Aufgabe des Standortes oder von Teilen davon zu prüfen. Durch sinkende Schülerzahlen sind im nächsten Jahrzehnt zunehmend Gebäudeleerstände zu erwarten, so dass der Umzug ganzer Schulen möglich wird. Dafür brauchen wir ein Gebäudekataster, das ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Gebäudezustands und der notwendigen Investitionen aufgebaut ist und der Steuerung unserer viel zu geringen Bauinvestitionsmittel dient.

3. Integration und Sprachförderung

Zur Integration gehört, dass Deutsch nicht nur als Unterrichtssprache sondern auch im Freizeitbereich der Schulen konsequent genutzt werden sollte, um das Erlernete zu sichern. Grundsätzlich ist anzustreben, verstärkt Lehrerinnen und Lehrer mit Mehrsprachigkeit und interkulturellem Hintergrund einzustellen, wegen ihrer Vorbildwirkung und der kulturellen Integration von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunft. Dies kann auch zu einer größeren Akzeptanz und Teilnahme am Schulunterricht führen und das Schuleschwänzen minimieren.

Für Schulen mit hohem Anteil von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunft sind die bislang speziell dafür vorgesehenen Förder- und Hilfsangebote nicht effektiv und zielgerichtet genug eingesetzt worden. Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass die eingesetzten Lehrerstellen auch wirklich für diese Förderangebote verwendet werden und alle Schulen ein Sprachförderkonzept erarbeiten und umsetzen.

Schon ab der Schulanfangsphase soll der Deutschförderunterricht verstärkt durchgeführt werden. Kinder, welche die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, müssen früher und besser als bisher gefördert werden. Dafür benötigen wir deutlich mehr und speziell ausgebildete Pädagogen.

Für Schulen mit hohem Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache ist die Einrichtung von sogenannten „Deutsch-Garantie-Klassen“ zu prüfen. Dieses Angebot sieht - unabhängig von der ethnischen Herkunft - die Einrichtung von Klassen vor für Kinder mit einwandfreien Deutschkenntnissen. Ein erfolgreiches Beispiel kennen wir aus dem Bezirk Mitte. Es besteht damit berechtigte Hoffnung, dass Kinder bildungsnaher Familien nicht aus dem staatlichen Schulsystem in Privatschulen abwandern. Dadurch ließe sich eine bessere soziale Durchmischung erreichen.

Deutsch als Sprache auf den Schulhöfen und im Schulgebäude muss an den Schulen in unserem Bezirk wieder zum Normalfall werden. Wir wollen unsere Schulen ermuntern und politisch dabei unterstützen, ihre Schulordnungen dementsprechend gemeinsam mit Eltern, Schüler und Lehrern zu verändern. Je vielfältiger die Kulturen und die Herkunft der Kinder an den Schulen sind, desto wichtiger ist eine Alle verbindende Sprache.

Bei der Sprachstandsfeststellung ein Jahr vor Einschulung und bei den Anschreiben für die Anmeldung der Schulanfänger wird jeweils deutlich, dass ein Teil der Kinder keinen

deutschen Wohnsitz hat. Mit dem fehlenden Wohnsitz entfällt auch der Anspruch auf Kindergeld. Hier muss über das Melderecht eingegriffen werden, damit diese Form von Missbrauch des Sozialstaats beendet wird.

4. Konkurrenzfähige Bezahlung

Viele gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer werden durch andere Bundesländer mit der Aussicht auf deutlich höhere Nettogehälter abgeworben. In den nächsten Jahren werden auch weiterhin mehr Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden als ausgebildete Pädagogen die Universitäten verlassen. Wenn das Land Berlin seine freiwerdenden Lehrerstellen wieder besetzen will, müssen die Realeinkommen für Lehrer deutlich angehoben werden, denn Berlin braucht die besten Lehrer und Lehrerinnen – mehr als jedes andere Bundesland. Der einfachste und schnellste Weg Berlin bei der Lehrerbezahlung wieder konkurrenzfähig zu machen, ist die Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrern in Berlin. Die CDU wird sich deshalb für diese Maßnahme einsetzen.

5. Grundschule

Seit der verpflichtenden Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL) in der Schulanfangsphase reißen die Diskussionen um den Sinn dieser Maßnahme nicht ab. Ob die Grundschulen das jahrgangsübergreifende Lernen oder das nach Jahrgangsstufen orientierte Unterrichtsmodell anwenden, soll allen Grundschulen freigestellt werden, ohne diese Entscheidung an Bedingungen zu knüpfen. Es muss hier eine vollständige Wahlfreiheit für die Schulen geben.

Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler am Ganztagsbetrieb mit ergänzender Förderung und Betreuung bis 16 Uhr teilnehmen können, unabhängig von einer Bedarfsprüfung. Die derzeit unterschiedlichen Regelungen zwischen Kindertagesstätten, weiterführenden Schulen und sogar innerhalb der verschiedenen Jahrgangsstufen in der Grundschule sind nicht mehr nachvollziehbar. Daher stellt sich die CDU uneingeschränkt hinter das Volksbegehren Grundschule. Wir streben außerdem an, dass allen Kindern ein kostenloses Mittagessen angeboten wird und Berlin am europäischen Schulobstprogramm teilnimmt.

Die CDU will auch erreichen, dass während der Ganztagsbetreuung allen Kindern eine sinnvolle und interessenorientierte Freizeitgestaltung ermöglicht wird. Zu den Aufgaben der ergänzenden Förderung und Betreuung durch die Schulen gehört auch eine qualifizierte Hilfestellung bei den Hausaufgaben. Deshalb sollen sich die Pädagogenteams der Schulen künftig noch besser abstimmen, um Schülerinnen und Schüler qualifiziert fördern zu können.

6. Oberschulen

Die jüngste Reform des Schulgesetzes führte beginnend mit dem Schuljahr 2010/11 zur Abschaffung von Haupt- und Realschulen und der Einführung der integrierten Sekundarschule. Bei Umsetzung dieser Schulstrukturreform müssen die Bezirke und die Schulen besser darin unterstützt werden, ihre pädagogischen Konzepte entwickeln zu können. Gleichzeitig müssen die baulichen Voraussetzungen wie Mensen, Freizeitbereiche, usw. geschaffen werden. Bislang besteht durch die Unterfinanzierung der Reform die Gefahr, dass durch die ungleichen Startvoraussetzungen der Schulen neue Restschulen entstehen.

In Bezug auf die Gymnasien setzt sich die CDU als einzige Partei für den Erhalt dieser leistungsstarken Schulen ein. Im Rahmen der Schulstrukturreform wurden an Gymnasien von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkt Verschlechterungen bei der Lehrerausstattung vorgenommen, die es zu korrigieren gilt. Bisläng gewährleistet der Senat z. B. auch kein vernünftiges Ganztagsbetreuungsangebot für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 und 6 an grundständigen Gymnasien, obwohl ein rechtlicher Anspruch darauf besteht. Stattdessen werden die Kinder auf naheliegende Grundschulen verwiesen. Sukzessive müssen deshalb die Voraussetzungen des Ganztagsbetriebs auch an den Gymnasien geschaffen werden.

Der gymnasiale Bildungsgang beginnt mit der 5. bzw. 7. Klasse. Wir wollen als Zugangskriterium ein strukturiertes Aufnahmeverfahren, das aus einem Test, Probeunterricht und einem Gespräch mit der Schulleitung besteht. Die CDU lehnt das Losverfahren entschieden ab. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Wohnortnähe eines von mehreren Kriterien bei der Schulplatzauswahl an Oberschulen sein muss und die Geschwisterregelung als Aufnahmekriterium wieder aufgenommen wird.

Im Jahr 2010 hatte mit Unterstützung der CDU das Rückert-Gymnasium endlich Erfolg: seit dem Schuljahr 2010/11 wird dem Wunsch der Schule entsprechend eine zweite 5. Klasse im deutsch-französischen bilingualen Bildungsgang angeboten. Weiterhin werden wir uns auch für das Eckener-Gymnasium einsetzen, das eine zweite altsprachlich orientierte 5. Klasse entsprechend der hohen Nachfrage eröffnen möchte.

7. Privatschulen (Schulen in freier Trägerschaft)

Vor dem Hintergrund der von der CDU immer unterstützten Bildungsvielfalt sind gleiche und faire Rahmenbedingungen zwischen öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft zu schaffen. Das bedeutet, dass auch Privatschulen an den Vergleichsarbeiten teilnehmen sollen und die finanziellen Bedingungen für die Privatschulen verbessert werden müssen. Die im Bezirk existierenden Privatschulen sind als Angebotsalternative zu stärken, dies gilt insbesondere bei der Suche nach Räumen, z. B. in nicht mehr genutzten öffentlichen Schulgebäuden.

8. Kinderbetreuung im Bezirk

Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein ausreichendes und qualitativ gutes Angebot von Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Mit dem Elterngeld hat die Bundesregierung ein wichtiges Element geschaffen, um die Kinderbetreuung in den ersten Lebensmonaten des Kindes selbst zu organisieren. Im Land Berlin wurden zwar drei kostenfreie „Kitajahre“ geschaffen, es fehlt jedoch zunehmend an der Qualität der Kindertagesstätten als Bildungseinrichtung. Deshalb hält die CDU diesen Weg für falsch. Wir finden es vertretbar, wenn das 3. Kitajahr wieder kostenpflichtig wird und die Einnahmen für die qualitative Verbesserung der Einrichtungen verwendet werden. Dies betrifft sowohl die materielle und räumliche Ausstattung als auch die Personalausstattung der Kindertagesstätten. Darüber hinaus ist eine qualitativ gut ausgebaute Infrastruktur von Kindererziehungseinrichtungen ein wichtiger Gesichtspunkt für die Selbstentfaltungsmöglichkeiten junger Frauen. Wir wollen deshalb

- den Bedürfnissen der Eltern, die berufstätig sind bzw. wieder in den Beruf einsteigen möchten, besser Rechnung tragen. Hierzu müssen die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten flexibler sein und stärker an der Berufsrealität orientiert werden. Hierzu gehören „Schwerpunkt-Kitas“ mit Mehrschichtbetrieb und flexiblen Gruppen im Falle von Schichtarbeit. Hierfür müssen die arbeitsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden;
- den Mangelberuf Erzieher/in attraktiver machen. Wenn Träger von Kindertageseinrichtungen ausreichend qualifiziertes Personal benötigen, geht dies nicht unter den bestehenden Gehaltsbedingungen. Auch aus diesem Grund sind Entgelte für einen Kitaplatz sinnvoll. Wer qualitativ hochwertige Arbeit erwartet, muss auch entsprechende Gehälter zahlen;
- eine bedarfsgerechte Aufstockung an Krippenplätzen für Kinder in den ersten Lebensmonaten;
- das Angebot von Tagespflegestellen im Bezirk weiter ausbauen. Die Tagespflegemütter sollen zur Qualitätssicherung vom Bezirk ein regelmäßiges Fortbildungsangebot erhalten;
- für Kindertagesstätten (Kitas), Kindergärten, sonstige vorschulische Einrichtungen und außerunterrichtliche Betreuung an Schulen verbindliche gesetzliche Vorgaben machen, die eine nachhaltige Gesundheitserziehung beinhalten und regelmäßige Fortbildungen der Erzieher/innen für diesen Bereich vorschreiben.

9. Mehr Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche

Gegenseitiger Respekt, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, die Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, das Erkennen der eigenen Grenzen – dafür werden die Grundlagen während Kindheit und Jugend - in der Familie gelegt. Deshalb kommt der Förderung von Familien und jungen Menschen eine hohe Bedeutung zu. Die Förderung der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen bezüglich ihrer motorischen und kognitiven Fähigkeiten, des altersgerechten Sozialverhaltens, der Schulreife und ihrer Persönlichkeit ist nur unter einem veränderten Bildungsbegriff wirksam möglich. In diese Arbeit sollten die Eltern stärker einbezogen werden. Beispiele dafür sind im Early Excellence Center in der Kindertagesstätte Steinmetzstraße, im Nachbarschaftsheim Schöneberg und im Nachbarschaftszentrum (NUSZ) ufaFabrik e. V. zu finden. Für die nächste Legislaturperiode sehen wir folgende Aufgaben:

- Das vor einigen Jahren ins Leben gerufene Netzwerk Kinderschutz muss optimiert werden, denn in Fällen von Misshandlung oder Verwahrlosung muss Kindern schnell und gezielt geholfen werden. Notwendig ist die Kooperationen aller Beteiligten: Gesundheitsverwaltung, Kinderärzte und Hebammen, Jugendverwaltung, Kindergärten und Schulen sowie Polizei und Justiz. Diese wichtige Aufgabe erfordert einen finanziellen Schwerpunkt des Senats, denn das vorhandene Personal in den Bezirksämtern reicht hierfür nicht aus.
- Die Ausstattung der Jugendgerichtshilfe muss überprüft und ein kontinuierliches, frühzeitig einsetzendes System der Betreuung entwickelt werden. Sie stellt vor allem

für die Gerichte eine wirksame Beurteilungsgrundlage dar, um auf auffällig gewordene Jugendliche und Jugendbanden bereits im Frühstadium einzuwirken. Sie trägt deshalb zu einer effizienten und schnell handelnden Justiz bei.

- Der Fall der Treberhilfe hat öffentlich gemacht, dass einige der freien Träger im Jugend- und Sozialbereich eine Fehlentwicklung genommen haben. Qualität und Preis der angebotenen Leistung sollen auch im Interesse der Beschäftigten nach vergleichbaren Kriterien überprüft werden können. Wenn nötig, muss für diese Ziele auch der gesetzliche Rahmen neu gefasst werden.
- In den vergangenen Jahren ist bei den Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung ein nicht erklärbarer, kontinuierlicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Wir wollen durch gezielte Steuerung die Kosten senken und zugleich auch die Qualität erhöhen, dass dies möglich ist, zeigt der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.
- Wir wollen, dass alle Jugendfreizeiteinrichtungen möglichst schnell an freie Träger abgegeben werden, weil sie deutlich flexibler auf sich verändernde Rahmenbedingungen eingehen. Sie bieten längere Öffnungszeiten und ein Mehr an attraktiven Angeboten.
- Parks, Bahnhöfe oder Bushaltestellen sind immer wieder Ausgangspunkt für Gewalt oder Kriminalität durch Jugendliche. Unkonventionelle Angebote auch in den Abend- und Nachtstunden, z. B. Sport und Musizieren unter pädagogischer Betreuung in bestimmten Problemgebieten des Bezirks, sollen künftig Jugendlichen auch abends kostenfreie Alternativen zum „Abhängen“ in ihrer Freizeit ermöglichen. Streetworker sollen diese Gruppen von Jugendlichen gezielt auf die Freizeitangebote im Bezirk hinweisen.
- Kinder und Jugendlichen sind für Sozialarbeiter am besten in den Schulen zu erreichen. Um Kinder und Jugendliche regelmäßig in ihrer Entwicklung zu beobachten und beraten und bei Problemen einen festen Ansprechpartner zu gewährleisten, setzen wir uns für eine Ausstattung aller Schulen mit Sozialpädagogen ein.
- Die Mädchenarbeit – insbesondere in Wohngebieten mit hohem Migrantenanteil – ist wichtig, um - z. B. bei Behinderung von Bildung und Ausbildung, drohender Zwangsverheiratung junger Frauen - eine Chance zu bieten, aus diesem für eine Weiterentwicklung schädlichen Umfeld zu entfliehen. Die Träger sollen dabei unterstützt werden, Anlaufstellen auszubauen und diese durch erfahrenes Personal - möglichst mit Migrationshintergrund - auszustatten.
- Weiterer Handlungsbedarf ergibt sich im Bezug auf die teilweise problematische Erziehung von Jungen in Zuwandererfamilien. Die Jugendhilfe sollte deshalb neue Unterstützungskonzepte, insbesondere zur Gewaltprävention, entwickeln.

10. Sport führt zusammen

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg braucht funktionsfähige Sportvereine, denn Sport erfüllt eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion. Beim Sport sind alle gleich, er ist aktive Gesundheitsvorsorge, fördert soziale Kontakte und leistet einen wichtigen Beitrag bei der

Integration. Die Sportvereine und ihre Verbände sind zudem die größte Bürgerinitiative in unserem Bezirk. Ohne ihr enormes ehrenamtliches Engagement könnten die Vereine nicht funktionieren, umso wichtiger ist der Dialog zwischen Sport und Politik. Ziel dieses Dialogs ist, die Rahmenbedingungen für den Sport in unserem Bezirk zu verbessern und den ehrenamtlich Tätigen eine stärkere Wertschätzung ihrer Arbeit zu geben. Die CDU strebt folgende Ziele an:

- den Verfall der Sportanlagen aufhalten.
Die bestehenden Sporthallen und Sportflächen sind zügig zu sanieren, damit sie wieder uneingeschränkt genutzt werden können;
- die Kommunikation zwischen Sportverwaltung und Vereine fördern.
Das Sportamt muss als Dienstleister der Vereine auftreten und die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen unterstützen statt durch Untätigkeit Frustration auszulösen.
- die Eigenverantwortung der Sportvereine fördern.
Wir befürworten die Übertragung der Schlüsselverantwortung auf förderungswürdige Sportorganisationen. Dabei dürfen den Vereinen keine zusätzlichen Kosten und unverhältnismäßiger Aufwand entstehen. Auch die Verpachtung von Sportflächen an Vereine ist für uns denkbar, wenn sie von den Vereinen als Nutzern der Anlage gewünscht wird. Hierdurch erhält der Verein Planungssicherheit und kann mit eigenen Mitteln Instandhaltungen und Modernisierungen bestreiten und damit die Qualität der Sportanlagen langfristig sichern.
- Wir wollen mit Hilfe eines Sportentwicklungsplans ein Sportkonzept für den Bezirk entwickeln, das klare Zielsetzungen für die Entwicklung des Sports und die Sportstättennutzung in Tempelhof-Schöneberg definiert.
- Wir wollen einen besseren Spiel- und Trainingsbetrieb gewährleisten. Die Sportflächen sind deshalb gerecht und ausgewogen an die im Bezirk ansässigen Vereine zu vergeben. Wir setzen uns auch dafür ein, dass auf dem Tempelhofer Feld neue Sportanlagen entstehen. Hier besteht die einmalige Chance, zentrale Flächen für den Sport nutzbar zu machen und den Mangel an Sportanlagen im Bezirk zu reduzieren.

11. Die Erwachsenenbildung muss zukunftssicher werden

Volkshochschule, Musikschule und Bibliotheken sind die Eckpfeiler der Erwachsenenbildung und für breite Schichten der Bevölkerung wichtige Einrichtungen, um für wenig Geld die persönliche Fort- und Weiterbildung voranzutreiben. Unter den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen des Bezirks haben wir uns in der Vergangenheit stets dagegen gewehrt, Einrichtungen zu schließen oder Angebote einzuschränken. Ob dies auch für die Zukunft gelten wird, ist nicht garantiert. Wir werden deshalb die Bibliotheksstandorte im Hinblick auf die Mediennachfrage auf den Prüfstand stellen. Volkshochschulen und Musikschulen werden ihr Angebot noch stärker als in der Vergangenheit auf bezirksübergreifende Angebote von gering nachgefragten Angeboten achten müssen. Ziel aller Optimierungsmaßnahmen ist ein aktuelles Medienangebot in zentral erreichbaren Bibliotheken sowie ein breites Angebot für die Bürger des Bezirks in der Volks- und Musikschule. Wir sehen folgende Aufgaben der Bezirkspolitik:

- Der Bücherbus muss ggf. unter Schließung einer oder mehrerer Stadtteilbibliotheken erhalten bleiben. Der Vorteil des Bücherbusses gegenüber festen Einrichtungen ist

das mobile Angebot an verschiedenen Standorten. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob der Bücherbus an Wochenmärkten im Bezirk präsent sein kann.

- Die CDU will auch verstärkt die Ehrenamtlichen in die Kulturarbeit einbinden. Dies kann z. B. durch einen Bücherbotendienst in Pflegeeinrichtungen erfolgen, damit auch diesem Personenkreis der Zugang zu öffentlichen Bibliotheken erhalten bleibt. Hierfür kann auch auf Erfahrungen aus Hamburg zurückgegriffen werden.
- Die über die Bezirksgrenzen hinaus anerkannte Volkshochschule „Albert Einstein“ am Barbarossaplatz muss auch weiterhin durch ausreichend Honorarkräfte ihren Beitrag zum lebenslangen Lernen erfüllen können. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die angebotenen Programme ein breites Publikum ansprechen.
- Die Mütterkurse zur Erlangung von Kenntnissen der deutschen Sprache bei Menschen nichtdeutscher Herkunft müssen weiter im Angebot der Volkshochschule bleiben. Diese Kurse haben eine wichtige Funktion für die Integration im Bezirk.
- Die Musikschule ist ein wichtiger Bestandteil im Erziehungs- und Entwicklungsprozess von Kindern und Jugendlichen, daher müssen durch die Einwerbung und Bereitstellung von Honorarmitteln die Angebote auf hohem Niveau erhalten bleiben.
- Die über die Bezirksgrenzen hinaus bekannte und anerkannte Kultureinrichtung „Haus am Kleistpark“ soll trotz der baulichen Probleme erhalten bleiben. Die für die Kultur benötigte bauliche Infrastruktur im Bezirk muss erhalten bleiben, dabei darf es keine Tabuthemen geben, z. B. die verstärkte Nutzung von Schulgebäuden durch Volks- und Musikschule.

12. Das dezentrale Kulturangebot muss im Bezirk erhalten bleiben

Die kulturellen Einrichtungen im Kiez konnten trotz der permanenten finanziellen Kürzungen des Senats für diese Projekte in der vergangenen Legislaturperiode gerettet werden. Dazu gehören das Hanswurst Theater am Winterfeldtplatz ebenso wie das Kleine Theater in Friedenau. Das Gleiche gilt auch für alle kulturellen Großveranstaltungen des Bezirks sowie die finanzielle Ausstattung der dezentralen Kulturarbeit. Das ist ein großer Erfolg für das von der CDU geführte Kulturressort im Bezirk. Für die Zukunft wollen wir,

- dass die Zuschüsse des Senats für unsere beiden Kieztheater erhalten bleiben. Hanswurst Nachfahren und Kleines Theater haben ein interessantes und gut nachgefragtes Angebot für die Menschen in Schöneberg und Friedenau und weit darüber hinaus;
- dass die kulturellen Großveranstaltungen „Kulturlustgarten“ und „Rocktreff“ auch weiterhin unter Hinzuziehung von Sponsoren fester Bestandteil des kulturellen Lebens im Bezirk bleiben;
- dass die dezentrale Kulturarbeit im Bezirk erhalten bleibt. Der Bezirk hat nach wie vor auch für die Bevölkerung bezahlbare oder sogar kostenfreie kulturelle Einrichtungen. Dazu gehören neben den bereits erwähnten Theatern das Kulturhaus in der Kyffhäuserstraße, die Ufa-Fabrik und viele kleinere Einrichtungen;

- dass die Projektfondsmittel für die Kunstschaffenden der Bezirke nur an die Künstler vergeben werden, die in unserem Bezirk wohnen und gleichzeitig das Projekt auch im Bezirk stattfindet. Die geringen finanziellen Mittel müssen die Plattform der Künstler des Bezirkes sein;
- dass nach dem Erfolg des Tages der offenen Tür zur dezentralen Kulturarbeit im Jahr 2010 diese Art der Veranstaltung im Bezirk jährlich einmal durchgeführt wird.

13. Museumsstandort Tempelhof Schöneberg

Museen haben eine große Bedeutung für den Bezirk. In der laufenden Legislaturperiode konnte die überregional bekannte Ausstellung zum jüdischen Leben im Bayerischen Viertel „Wir waren Nachbarn“ als Dauerausstellung im Rathaus Schöneberg etabliert werden. Dies hat nachweislich zu verstärktem ausländischen Tourismus im Bayerischen Viertel geführt, was auch der regionalen Wirtschaft durch verstärkte Kaufkraft zu Gute kommt. Tempelhof – Schöneberg hat mit dem Flughafen Tempelhof, dem Rathaus Schöneberg als ehemaligem Regierungssitz West-Berlins und dem ehemaligen Alliierten Kontrollratsgebäude im Kleistpark wichtige Standorte des alliierten Berlins. Hierfür brauchen wir ein überzeugendes Museums- und Tourismuskonzept im Bezirk. Die CDU wird sich für folgende Projekte engagieren:

- die dauerhafte Sicherung der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde als Ort der Erinnerung an die Teilung Deutschlands und Berlins;
- den Erhalt des Jugendmuseums. Hier wird das Angebot der Museen der nachwachsenden Generation nahegebracht. Dieser Einrichtung kommt deshalb große Bedeutung für die Zukunft zu.
- den Erhalt der Bezirksmuseen als Orte der kommunalen Geschichtsarbeit. Hier wollen wir unser Augenmerk stärker auf den Bezug zu den Ortsteilen des Bezirks und bei der Heimatkunde legen. Durch den Kiezbezug ergibt sich auch die Möglichkeit, auf regionale Geschichtsaktivitäten in den Ortsteilen zurückzugreifen;
- den Ausbau der Werbung für die Ausstellung „Wir waren Nachbarn“. Ziel muss die Etablierung in internationalen Reiseführern sein;
- den Ausbau des Bezirks zu einem zentralen Punkt für Berlintonuristen entwickeln, die Anknüpfungspunkte an das geteilte Berlin suchen. Deshalb wollen wir:
 - dass das Alliiertenmuseum seine neue Heimat im Flughafen Tempelhof findet. Eine Verlagerung wird auch vom Museum gewünscht. Es gibt keinen Standort in Berlin, der wie der ehemalige Flughafen so stark mit den Alliierten verknüpft ist;
 - im Rathaus Schöneberg eine feste Ausstellung - aber mit wechselnden Themen - zur West-Berliner Stadtgeschichte einrichten. Die Geschichte der im Rathaus Schöneberg beheimateten Freiheitsglocke ist dabei einzubeziehen. Zwanzig Jahre nach Überwindung der Teilung ist das Leben in Berlin-West längst Geschichte geworden. 40 Jahre Insellage stellen ein unglaubliches Reservoir für einen der interessantesten Teile der Berliner Stadtgeschichte dar. Das Rathaus Schöneberg als ehemaliger Regierungssitz des Regierenden Bürgermeisters ist hierfür der prädestinierte Standort. Dafür bedarf es einer Anschubförderung durch den Senat;

- dass geprüft wird, wie das Alliierte Kontrollratsgebäude im Kleistpark und das RIAS-Gebäude nahe dem Innsbrucker Platz mit dem Rathaus Schöneberg zu einem bezirklichen Tourismuskonzept verbunden werden können.
- Im Zusammenhang mit dem Check Point Charlie und den dort vorhandenen Museumseinrichtungen ergibt sich ein Ausstellungsdreieck „Berlin 1945-1990“ von unterschiedlichen Standorten, die jeweils untereinander innerhalb von 20 Minuten zu erreichen sind. Für den Bezirk bietet dies eine einmalige Chance, zusätzlich Kaufkraft für den regionalen Einzelhandel zu erreichen.

III. Arbeit – Integration – Gesundheit: Eigenverantwortung fördern, soziales Netz erhalten!

1. Arbeit hat Vorrang

In Tempelhof-Schöneberg liegt die durchschnittliche Arbeitslosenquote seit Jahren über 10%. Hauptbetroffene sind Jugendliche ohne Schulabschluss, Alleinerziehende, ältere Arbeitnehmer und Menschen mit Migrationshintergrund. Wir können und wollen uns nicht damit abfinden, dass ganze Gruppen der Gesellschaft zu dauerhaften Transferempfängern werden. Wer staatliche Transferleistungen bezieht, muss Gegenleistungen erbringen, wenn er körperlich und geistig dazu in der Lage ist. Nicht der Transfer von Geld, sondern der Transfer in Arbeit und Beschäftigung ist das Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik. Arbeit muss sich aber auch lohnen, d. h. wer arbeitet, muss mehr Geld zur Verfügung haben, als derjenige, der Transferleistungen erhält. Menschenunwürdige Löhne müssen deshalb bekämpft werden, was in erster Linie Aufgabe der Sozialpartner ist. Wo es nicht anders geht sind branchenspezifische Mindestlöhne einzuführen. Für die Arbeitsmarktpolitik sieht die CDU folgende Handlungsfelder:

- Arbeit und Beschäftigung müssen „sinnvoll“ sein. Das Bundesprogramm Bürgerarbeit ist von großer Bedeutung und muss auch in unserem Bezirk forciert werden. Die Botschaft lautet: Jeder wird gebraucht und es gibt immer etwas Sinnvolles zu tun! Hierzu gehört die Teilnahme am Bundesprogramm „Bürgerarbeit“ oder ähnlichen Beschäftigungsprogrammen, die von freien Trägern organisiert werden. Von hier aus erfolgt eine Vermittlung an Firmen, Kirchen, Vereine, Kindertagesstätten usw., die Unternehmen beteiligen sich an den Kosten.
- Wir wollen landesweit ein neues Instrument der Arbeitsmarktpolitik einführen: den sog. „Begleiter für Beschäftigung“ bzw. Integrationsmentor. Er berät Erwerbslose in ihren Familien übt aber auch Druck aus und sanktioniert im Einzelfall. Der Begleiter für Beschäftigung sorgt für Stetigkeit und Nachhaltigkeit bei der Suche nach Arbeit, er ist beim Jobcenter angesiedelt.
- Wir wollen eine gemeinsame und in der Bezirksverwaltung gebündelte Aktion für kommunale Wirtschaftsförderung. Deshalb wollen wir die Wirtschaftsbetriebe im Bezirk 4 x jährlich aufrufen, unter Führung der zuständigen Bezirksverwaltung und unter Einbindung der Trägerversammlung des Job-Centers Angebote für den 1. und 2. Arbeitsmarkt zu ermitteln und die Angebotsbreite zu erweitern. Es gilt, die kommunale Wirtschaft stärker in den Vermittlungsprozess von Arbeitnehmern einzubeziehen. Außerdem sind bei der Vermittlung von Weiterbildungs- und

Umschulungsmaßnahmen bevorzugt Einrichtungen im Bezirk als Bildungsstätte zu suchen und zu nutzen.

- Der Bezirk muss die Rahmenbedingungen für Arbeitgeber beschäftigungsfördernd beeinflussen, z. B. durch beschleunigte Genehmigungsverfahren. Es gilt, Anreize für Arbeit und Beschäftigung zu schaffen und Arbeit zu ermöglichen.

2. Integration – Gemeinsinn und Leistung

Am 13. April 2010 beschloss die Berliner CDU ihr weithin beachtetes Integrationskonzept „Gemeinsinn und Leistung“, dessen Kernaussagen in die Erkenntnis münden, dass Integration nur dann gelingen kann, wenn sich Zuwanderer und Deutsche gemeinsam für die Zukunft des Landes und unserer Stadt Berlin einsetzen.

Über 863.500 Menschen mit Migrationshintergrund leben in Berlin, davon über 103.000 in unserem Bezirk. Die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens hängt entscheidend von einer erfolgreichen Integration ab. Viele Mitbürger nichtdeutscher Herkunft identifizieren sich mit Berlin, leisten als Ärzte, Polizisten, Handwerker, Händler oder Arbeitnehmer ihren Beitrag. Gleichzeitig besitzt eine zu große Anzahl unzureichende Sprachkenntnisse, lückenhafte Schul- oder Berufsausbildungen und ist häufiger von Armut bedroht. Darüber hinaus bauen gegenseitige Abschottung und die Konzentration von Zuwanderern in bestimmten Kiezen Integrationshemmnisse auf, die nur geringe Fortschritte trotz eines hohen Einsatzes von Geld nach sich ziehen. Das wollen wir ändern.

Zuwanderer sollen Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger sein. Alle Bildungswege und Aufstiegschancen müssen ihnen offen stehen, aber auch genutzt werden. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sollen beispielsweise schon früh eine Kita besuchen, um ihre Sprachfähigkeiten zu verbessern und sich in eine Gruppe zu integrieren. Bei allen Berliner Kindern sollte bereits zwei Jahre vor der Einschulung der Sprachstand festgestellt werden, um mehr Zeit für verpflichtende Sprachfördermaßnahmen zu gewinnen. Neben der notwendigen Unterstützung sollten z. B. Eltern hartnäckiger Schulverweigerer mit einer Kürzung staatlicher Leistungen rechnen müssen, wenn sie ihren elterlichen Pflichten nicht ausreichend nachkommen. Romantische Multi-Kulti-Träumereien müssen dem Leitgedanken „Fördern und Fordern“ Platz machen.

Dauerhaft bei uns lebende Zuwanderer sollen sich zu den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und sich mit Deutschland identifizieren. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sollte als Auszeichnung für erfolgreiche Eingliederung und Teilhabe am Gemeinwesen bewertet werden. Eine Zuwanderung ausschließlich mit dem Ziel der Teilhabe am deutschen Sozialsystem lehnen wir ab.

Gesellschaftliches Miteinander vollzieht sich in der Freizeit u. a. in Vereinen, Glaubensgemeinschaften, politischen Vereinigungen oder ehrenamtliche Organisationen. Beispielsweise könnte die Bildung von Netzwerken in Mitverantwortung der Migrantenorganisationen einen wertvollen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis zwischen Zuwanderern und Einheimischen leisten. Sportvereine, Musik- und Kunstschulen, Bibliotheken, Kinder- und Jugendfreizeitheimen, die Volkshochschulen sowie Freizeitstätten für Erwachsene sollten ihr Angebot überprüfen und zielgruppengerecht bewerben.

Entgegengetreten müssen wir der Tendenz, das Thema „Kriminalität aus Zuwanderergruppen heraus“ zu tabuisieren. Nur eine kleine Minderheit der 863.500 Menschen mit Zuwanderungshintergrund geriet bisher mit dem Gesetz in Konflikt. Wahr ist aber auch, dass der Hauptteil der jugendlichen Intensivtäter Migrationshintergrund hat. Dennoch muss klar sein, dass wir uns rechtsfreie Räume in unserer Stadt nicht leisten können. Positiv hervorzuheben ist das sogenannte Neuköllner Modell, eine schnelle und konsequente Ahndung von Delikten in der Jugendkriminalität.

Im Bezirk halten wir folgende Maßnahmen für nötig:

- Der Anteil von mehrsprachigen Erzieherinnen und Erziehern muss sich in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen, um Kindern von Zuwanderern das Gefühl zu geben, dass der soziale Aufstieg von Migranten in unserer Gesellschaft möglich ist.
- Bei Neueinstellungen wollen wir künftig auch verstärkt um geeignete Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund werben. Aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit können sie das Verwaltungshandeln deutlich vereinfachen und zielgerichteter machen. Voraussetzung für eine Anstellung im öffentlichen Dienst ist für uns ausschließlich die entsprechende Befähigung und Qualifikation der Bewerber. Einstellungsquoten wie es das vom rot/roten Senat verabschiedete Partizipations- und Integrationsgesetz vorsieht, lehnen wir ab. Für die CDU gilt bei Einstellungen auch weiterhin ausschließlich die sogenannte Bestenauslese.
- Sportvereine haben eine wichtige Integrationsaufgabe. Gemeinsame sportliche Erfolge in einer Mannschaft können kulturelle und sprachliche Barrieren überwinden und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Das brauchen wir in unserer Gesellschaft. Sportliche Erfolge stärken das Selbstwertgefühl junger Menschen und wirken deshalb auch positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung. Durch die neuen Vergünstigungen für Kinder, deren Eltern Leistungen nach den Hartz IV Gesetzen erhalten, stellen Vereinsbeiträge künftig keine unüberwindliche Barriere mehr dar. Deshalb halten wir es für wichtig, dass das Bezirksamt verstärkt bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die Mitgliedschaft in Sportvereinen wirbt. Hierfür brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung vom Sportamt, den Sportvereinen, der Integrationsbeauftragten und den Migrantenverbänden des Bezirks.
- Zuwanderer brauchen in der Anfangsphase eine Anlaufstelle für Fragen und Probleme, die sich im Alltag eines fremden Landes ergeben. In Verantwortung der bezirklichen Integrationsbeauftragten ist deshalb für Neuzuwanderer ein „Begrüßungsbüro“ einzurichten, das als Anlaufstelle dienen soll und bei der Eingliederung in unsere Gesellschaft Hilfestellung leistet und berät.
- Die im Bezirk bestehenden Einrichtungen und Vereine, die sich im Rahmen der Integrationsarbeit bewährt haben, müssen trotz aller Sparzwänge auch weiterhin in ihrer Arbeit gefördert und gesichert werden. Als Beispiel stehen hierfür das Interkulturelle Haus, der Verein Harmonie oder die Seniorenfreizeitstätte Huzur.
- Das Medienangebot für Menschen mit Migrationshintergrund und nicht ausreichenden Deutschkenntnissen ist in öffentlichen Bibliotheken an speziellen Standorten modellhaft auszuweiten. Am Beispiel der Gertrud-Kolmar-Bibliothek in der Pallasstraße konnten mit einem geringfügig veränderten Angebot neue Leser aus eher bildungsfernen Schichten erreicht werden. Bibliotheken sind für Frauen mit Migrationshintergrund der erste Schritt in das öffentliche Bildungsangebot unserer Stadt. Dies gilt es zu fördern.

3. Aktiver Verbraucherschutz

Die CDU bekennt sich zum Verbraucherschutz und zur uneingeschränkten Verbraucherinformation. Beide Rechte haben Vorrang vor überbordenden wirtschaftlichen Interessen, die zu Lasten der Verbraucher und deren Gesundheit gehen. Grundsätzlich gilt:

Jeder Gast, der eine Kantine, ein Restaurant oder einen Imbiss besucht, bringt dem Wirt oder dem Betreiber einen Vorschuss an Vertrauen entgegen, dass die Lebensmittel ordnungsgemäß gelagert und verarbeitet worden sind. Der Kunde hat keine Möglichkeit, die Einhaltung der einschlägigen Lebensmittelschutzvorschriften zu prüfen. Deshalb gibt es auch umgekehrt kein schutzwürdiges Interesse (z. B. Betriebs- oder Datenschutz) von Betreibern und Wirten, wenn sie das Vertrauen ihrer Gäste missbraucht haben.

Die Bestrebung der Verbraucherschutzminister der Länder, ein verpflichtendes Ampelsystem für Gaststätten einzuführen, verdient Unterstützung. Ob dieses System bundesweit eingeführt wird, ist zurzeit aber noch offen. Bis dahin müssen die schwarzen Schafe in der Branche im Rahmen einer Negativliste („Ekelliste“) öffentlich gemacht werden, und zwar so lange, bis sie den gesetzlichen Anforderungen wieder Genüge tun. Deshalb fordert die CDU Tempelhof-Schöneberg:

- So lange es noch kein Ampelsystem zur Verbraucherinformation gibt, die Voraussetzungen für eine Negativliste („Ekelliste“) auf der bezirkseigenen Homepage zu schaffen, um Verbraucher über gravierende hygienische Missstände in Gaststätten, Imbissen, Kantinen, Restaurants und anderen Lebensmittelbetrieben im Bezirk zu informieren.

4. Soziales Miteinander im Bezirk stärken

Unsere Gesellschaft verändert sich – dies ist allein schon wegen der älter werdenden Gesellschaft (demografische Entwicklung) offensichtlich. Bezirkliche Sozialpolitik trägt dazu bei, das gesellschaftliche Miteinander zu stärken und den Solidaritätsgedanken dergestalt zu verwirklichen, dass demjenigen, der sich nicht selber helfen kann, staatlicherseits geholfen wird. Sozialpolitik im Bezirk bedeutet mehr als „Hartz IV“ oder „Grundsicherung“ bzw. „Sozialhilfe“. Unser Bezirk verfügt – zum Glück – über ein breites Angebot für Menschen, die in Not geraten sind oder Unterstützung benötigen, und sei es bloß in Form von Zuspruch. Hierfür stehen: die Wohnungslosentagesstätte des Unionhilfswerks, das Nachbarschaftsheim Schöneberg, das Wohnangebot der Bürgerhilfe, die Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale, der Drogennotdienst, die Lebensmittelausgabestellen und vieles andere mehr. Eine Vielzahl von Trägern und Sozialarbeitern leisten im Bezirk außerordentlich viel.

Allein der Fall der Treberhilfe zeigt auch, dass Fehlentwicklungen bei Sozialbetrieben nicht auszuschließen sind. Überall wo Geld fließt, werden Begehrlichkeiten geweckt. Ein Einzelfall darf umgekehrt auch keinen Generalverdacht auslösen. Für uns gelten daher folgende Prinzipien:

- Die Projekte, die den in Not geratenen Menschen unmittelbar helfen, müssen aufrechterhalten, fortgeführt und auskömmlich finanziert werden.

- Alle Projekte müssen auch stets auf ihre Effektivität überprüft werden. Sozialpolitik ist kein Selbstzweck, sondern muss stets den Bedürftigen zugute kommen.

5. Ambulante und stationäre medizinische Versorgung

Für die CDU steht eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung in Tempelhof-Schöneberg ganz oben auf der gesundheitspolitischen Agenda: Jeder Bürger muss sich darauf verlassen können, dass gesetzlich zugesicherte Leistungen angeboten werden und auch Bestand haben. Hierzu gehören neben den Leistungen der Krankenkassen auch unmittelbare Leistungen des Staates. In der Kommunalpolitik geht es dabei sowohl um die stationäre Versorgung als auch um den öffentlichen Gesundheitsdienst - somit um Aufgaben, die das Gesundheitsamt im Bezirk wahrnimmt.

Personell ausgeblutet durch den rigiden Sparkurs des Senats schaffen es die Berliner Gesundheitsämter – und Tempelhof-Schöneberg ist hier keine Ausnahme – kaum noch, ihre weitreichenden gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen. Hierzu gehören:

- Gesundheitsförderung, Prävention
- Gesundheitshilfe
- Infektionsschutz, umweltbezogener Gesundheitsschutz und Katastrophenschutz
- hygienische und gesundheitliche Überwachung
- Aufklärung und Beratung zu Gesundheitsthemen
- kinder- und jugendärztliche sowie jugendpsychiatrische Diagnostik
- zahnmedizinische Vorsorge und Beratung in Kindertagesstätten und Schulen
- ambulante therapeutische Versorgung behinderter Kinder und Jugendlicher, insbesondere im Schulbereich
- Schutz der Bevölkerung im Verkehr mit Lebensmitteln (Verbraucherschutz)
- sozialpsychiatrische Aufgaben

Das Gesundheitsamt Tempelhof-Schöneberg weist berlinweit eine unterdurchschnittliche Personalausstattung im Verhältnis zur Einwohnerzahl auf. Seit der Bezirksfusion hat unser Bezirk die Anzahl der Mitarbeiter halbiert, das heißt, es sind rund 40 Vollzeitstellen verloren gegangen. Dies ist nach Neukölln der zweithöchste Stellenverlust. Neueinstellungen wurden vom Senat bisher blockiert, obwohl 2011 bereits 6 freie Stellen existieren, die dringend besetzt werden müssten. Dabei ist unbestritten, dass schon heute ein deutlicher Mangel an Fachärzten und medizinischem Fachpersonal in der Verwaltung herrscht. Der von SPD und Linkspartei zu verantwortende Kahlschlag im Berliner Gesundheitswesen ist unter gesundheits- wie sozialpolitischen Aspekten unverantwortlich. Die CDU Tempelhof-Schöneberg setzt sich mit Nachdruck dafür ein, unbefristete Außeneinstellungen von Ärzten und medizinischem Personal zu ermöglichen und zwar in einem Maß, das ausreichend und notwendig ist. Ansonsten droht dem öffentlichen Gesundheitsdienst, der ehemals „vierten Säule des Gesundheitswesens“, der Kollaps. Für den Bezirk erwarten wir von einer verantwortungsvollen Gesundheitspolitik:

- den Erhalt der stationären Versorgung durch die beiden Vivantes-Krankenhäuser im Bezirk (Wenckebachkrankenhaus und Auguste-Viktoria-Klinikum),

- den öffentlichen Gesundheitsdienst nicht weiter ausbluten zu lassen! Wir fordern daher eine angemessene personelle und technische Ausstattung des Gesundheitsamtes sowie die Sicherstellung der Einschulungsuntersuchungen,
- eine neue Schwerpunktsetzung in der bezirklichen Gesundheitspolitik durch spezielle Präventionsmaßnahmen, beginnend in Kindertagesstätten und Schulen sowie die Wiederaufnahme und Sicherstellung von zahnmedizinischen Reihenuntersuchungen in Schulen,
- dass alle Vorsorgeuntersuchungen für Kinder (U4 –U9) gesetzlich verpflichtend gemacht und bei Nichtbefolgung sanktioniert werden.

6. Prävention und Gesundheitsförderung

Die gesundheitliche Vorsorge muss in Zukunft eine größere Bedeutung erlangen. Gesundheitserziehung soll dabei ein fester Bestandteil der Bildung in Kindertagesstätten und Schulen sein. Damit soll schon früh vermittelt werden, wie gesunde Ernährung, die Vermeidung von Rauschmitteln und Drogen, ausreichende körperliche Bewegung und Sport sich auf den späteren Gesundheitszustand auswirken. Die CDU Tempelhof-Schöneberg setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

- Der Drogenkonsum ist durch verstärkte Prävention und Aufklärung an den Schulen, Jugendfreizeitstätten und Ausbildungsstätten nachhaltig zu bekämpfen. Zusammen mit der HIV-(AIDS)-Prävention wird die Drogen- und Rauschmittelproblematik (insbesondere das Koma-Saufen unter Jugendlichen) zu einem Schwerpunktthema in der gesamtbezirklichen Gesundheitspolitik gemacht.
- Das Alkoholverbot auf Spiel- und Bolzplätzen ist nach gründlicher rechtlicher Prüfung auf besondere öffentliche Orte im Bezirk auszuweiten. In Schulen und davor muss striktes Alkohol- und Rauchverbot gelten.
- An allen Schulen im Bezirk sollen regelmäßig im Jahr Gesundheitstage durchgeführt werden, bei deren Planung und Durchführung auch die Eltern fest einzubinden sind.

7. Lebens- und Versorgungsqualität für die ältere Generation

Dass wir immer älter werden, ist ein großes Glück. Auch der Zugewinn an gesunden Jahren wächst stetig. Medizin und Lebensstil haben hierzu vieles beigetragen. „Alter“ bietet viele Chancen und stellt die Politik vor neue Gestaltungsaufgaben. Nach wie vor ist aber unser Alltagsleben am gesunden und eher jungen Menschen orientiert. Um nicht von den Entwicklungen der nächsten 20 Jahre überrollt zu werden, müssen wir heute für eine Gesellschaft planen, in der die ältere Generation zahlenmäßig stärker wird.

Wir treten dafür ein, dass

- mehr Projekte des generationenübergreifenden Zusammenlebens gefördert und ausgezeichnet werden,
- die Selbständigkeit der älteren Menschen im Wohnumfeld erhalten wird. Dies kann z. B. dadurch erreicht werden, dass Seniorenwohngemeinschaften und andere Wohnmodelle gefördert werden und gezielt dafür geworben wird,

- im Rahmen der Stadtplanung verstärkt auf eine wohnungsnaher Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten geachtet wird. Dies gilt insbesondere für die südlichen Teile unseres Bezirks,
- die bislang höchst erfolgreiche Seniorenpolitik mit einer umfangreichen Angebotspalette für alle Altersgruppen von Senioren uneingeschränkt aufrecht erhalten bleibt. Hierzu gehören z. B. spezielle Bildungsangebote der Volkshochschulen für Ältere sowie die beliebten Seniorenfreizeitstätten im Bezirk,
- Verwaltung und Wirtschaft sich im Bezirk darauf verständigen, wie das reichhaltige Erfahrungswissen von Älteren noch effizienter in Unternehmen eingebracht und genutzt werden kann. Auch karitative und soziale Einrichtungen sind hier gefordert, denn auch sie können von den „jungen Alten“ profitieren,
- das Seniorenmitwirkungsgesetz endlich ernst genommen und auch umgesetzt wird. Hierzu gehört auch, dass verbindliche Vorgaben eingehalten werden.

Das Thema „Pflege“ bzw. „Pflegebedürftigkeit“ wird das Zukunftsthema der nächsten 20 bis 30 Jahre. Dies gilt für Deutschland, für Berlin und auch für unseren Bezirk! Die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich in den nächsten 40 Jahren in Deutschland auf etwa 4,5 Mio. verdoppeln. Klar ist: Wir brauchen noch mehr Angebote in der ambulanten Pflege, denn der Trend geht eindeutig dahin, dass Pflegebedürftige lieber und länger zuhause gepflegt und versorgt werden wollen. Die Rahmenbedingungen hierfür setzt die Bundespolitik durch ihre Gesetzgebung. Im Bezirk müssen wir darauf achten, dass

- es bei den Angeboten keine Doppelstrukturen gibt, wo Staat und Privat in Konkurrenz zueinander treten. Angebote des Bezirks sollen nur ergänzend sein. Beratungsstellen, vor allem Pflegestützpunkte, bringen nur dort etwas, wo andere Angebote (z.B. Pflegestationen) rar sind. Da unser Bezirk heute und auf mittlere Sicht über eine gute und auskömmliche Angebotsstruktur verfügt, sollten auch künftig zwei, maximal drei Pflegestützpunkte im Bezirk ausreichend sein.
- es wichtig ist, mit den relativ geringen finanziellen Mitteln, die das Bezirksamt (Sozialamt) ergänzend zur Pflegeversicherung zur Verfügung steht, effizient umgegangen wird. Missbrauch und Betrug sind auf schärfste zu bekämpfen, denn es gilt, dass Leistungen nur derjenige in Anspruch nehmen darf und soll, der auch bedürftig ist.
- Missbrauch und Betrug bei der Pflege schonungslos aufgedeckt und strafrechtlich verfolgt wird.

8. Politik für Menschen mit Behinderung bleibt Dauerthema!

Die CDU Tempelhof-Schöneberg hat bei der Politik für Menschen mit Behinderung viel erreicht, trotzdem bleibt die Politik für Menschen mit Behinderung ein wichtiger Bestandteil einer gesundheits- und sozialpolitisch ausgerichteten Politik. Wir wollen die Festlegung von Prioritäten, z.B. im Rahmen eines Stufenplanes, der u. a. Folgendes beinhalten soll:

- verstärkte Durchführung von Bordsteinabsenkungen gemäß einer Prioritätenliste sowie der forcierte Ausbau und die regelmäßige Wartung von Blindenampeln gewährleisten.

- öffentliche Auszeichnung von Betrieben, die eine besonders hohe Beschäftigungsquote an Behinderten aufweisen (mehr als 5%)
- Herstellung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden gemäß einer Prioritätenliste. Hier ist schon viel erreicht worden, aber immer noch ist einiges zu tun!

IV. Effektive und bürgerfreundliche Verwaltung

1. Verwaltung der Zukunft

Bürgerfreundliches Handeln auf kommunaler Ebene heißt für uns, die Bezirksverwaltung so zu organisieren, dass für die Bürger kurze Wege, kurze Wartezeiten und fachkundige Beratung gewährleistet sind.

Die Einsparungen der letzten Jahre haben im Bereich der Bezirksverwaltung, insbesondere bei der Personalausstattung, ihre Spuren hinterlassen. Teilweise ist in einigen Fachbereichen eine qualitative Bearbeitung und kompetente Beratung der Bürger kaum noch zufriedenstellend möglich. Angesichts einer Überalterung der Mitarbeiter der Berliner Verwaltung ist dringend ein Personalentwicklungskonzept erforderlich, das aufzeigt, mit welchen Einstellungen der Verlust von Fachkräften, z. B. im Bereich der Lehrkräfte und Erzieherinnen und im Gesundheitsdienst, kompensiert werden kann. Den Bezirken müssen ausreichend Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden, damit auch künftig wichtige staatliche Aufgaben, wie schulärztliche Untersuchungen, die Lebensmittelaufsicht, die Aufgabenwahrnehmung der Ordnungsämter und die Sicherung der Angebotsleistungen der Bibliotheken erfüllt werden können.

Entscheidend ist, dass die Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken klar definiert wird. Es kann und darf nicht sein, dass den Bezirken bei sinkender Personalausstattung immer neue Aufgaben übertragen werden. Die CDU bekennt sich zu einer zweistufigen Verwaltung in Berlin, die eine klare Dienstleistungsorientierung der Bezirksverwaltung für die Bürger vor Ort beinhaltet.

Die CDU tritt für folgende Ziele ein:

- Ämter mit Publikumsverkehr sollen kundenfreundlichere Öffnungszeiten anbieten, z. B. Abendöffnungszeiten oder Terminsetzung am Sonnabend. Auch die Angebotsleistungen der bürgernahen Ämter, z. B. Standesamt im Bereich Eheschließungen, sollen weiter optimiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Bezirken zu verbessern.
- Zur Beschleunigung der Verwaltungsabläufe sollen mehr Online-Termine vergeben werden. Damit erfahren die Bürger eine bessere, kundenfreundlichere und zeitlich angenehmere Betreuung.
- Die älter werdende Gesellschaft benötigt neue Angebote der Verwaltung. Für Menschen mit Behinderung, für die Besuche der Bürgerämter nur mit großen Schwierigkeiten möglich sind, wollen wir das aufsuchende Bürgeramt schaffen, bei dem Mitarbeiter des Bezirksamtes das Anliegen des Bürgers im Rahmen eines Hausbesuchs erledigen. Dieser Service wird nicht ohne Gebühr erfolgen können.

- Die Personalausstattung der Ämter muss im Sinne einer besseren Kunden- und Bürgerorientierung erfolgen. Mit immer weniger Personal ist eine fachkompetente und kundenorientierte Leistung nicht möglich.
- Zum besseren Verständnis des Bürgers sind alle staatlichen Verwaltungsbereiche zu entbürokratisieren. Die Reduzierung der staatlichen Aufgaben muss mit der konsequenten Abschaffung von Verwaltungsvorschriften einhergehen.
- Die Aufstellung einer Prioritätenliste für das Ordnungsamt ist erforderlich. Diese soll sich insbesondere mit der Schwerpunktsetzung von Einsätzen der Mitarbeiter befassen. Das Ordnungsamt darf sich nicht auf „Knöllchenschreiben“ reduzieren, sondern muss sich beispielsweise auch verstärkt dem Jugendschutz zuwenden.

2. Aktive Wirtschaftsförderung

Ohne Ansiedlung von Betrieben verbessert sich in Berlin die wirtschaftliche und soziale Lage nicht. Zwischen desolater Wirtschaftspolitik und Hauptstadt von Hartz IV einerseits und fehlendem Geld für öffentliche Infrastruktur andererseits gibt es einen eindeutigen Zusammenhang. Der Bezirk muss deshalb seine Wirtschaftsförderung wieder durch folgende Maßnahmen verbessern:

- Schaffung eines wirksam gebündelten Wirtschaftsmanagements, das auch den wirtschaftlich tätigen Akteuren im Bezirk die Möglichkeit bietet, sich schnell und unkompliziert zu vernetzen.
- Investorenfreundliches Verwaltungshandeln zur Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben. Das Gewerbeamt „glänzte“ in der Vergangenheit durch den Ausfall von Sprechzeiten. Wichtige Beiträge für eine Wirtschaftspolitik liefern einheitliche und vor allem erreichbare Anlaufstellen im Bezirk. Die Wirtschaftsförderung kann eine Vermittlerrolle bei der Beseitigung von Leerständen übernehmen, indem es Vermieter und Gewerbetreibende an einen Tisch bringt.

Darüber hinaus muss das Standortmarketing des Bezirks verbessert werden. Dieses kann am glaubhaftesten durch Unternehmer vor Ort geschehen. Aufgabe des Bezirks ist es, gemeinsam mit ortsansässigen namhaften Unternehmern für den Standort zu werben. Hierzu muss das Werbeprofil des Bezirks überdacht werden, wenn sich Tempelhof-Schöneberg von anderen Bezirken abheben möchte. Die Förderaktivitäten des Bezirks sind im Sinne einer Gesamtstrategie dem Profil entsprechend anzupassen.

3. Ehrenamt und bürgerliches Engagement

Die CDU Tempelhof-Schöneberg setzt sich dafür ein, dass das in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit in den Hintergrund getretene ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft mehr anerkannt und gefördert wird. Daher räumen wir dem Ehrenamt einen besonderen Stellenwert ein. Es ist das Bindeglied zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, den staatlichen Institutionen und den politischen Parteien.

Dazu gehören unter anderem:

- die Hervorhebung der Bedeutung des Ehrenamtes im öffentlichen Leben,

- gezielte Anreize für Inhaber von Ehrenämtern, z. B. Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen,
- die Unterstützung, Förderung und Anerkennung von Patenschaften für einzelne Projekte, die für Bürger interessant sind und auch von ihnen durchgeführt werden, z. B. Grünpflegepatenschaften.

4. Mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung

Kommunalpolitik ist ein wichtiger Politikbereich für die Bürgerinnen und Bürger. Nirgends gibt es mehr direkte Einflussmöglichkeiten als in ihrem Bezirk oder Kiez. Vor der Wahl 2006 haben wir eine Politik versprochen, die sich am Gemeinwohl, der Vernunft und dem Machbaren orientiert. Dieses Versprechen haben wir gehalten. Unser Bezirk ist vielen Bereichen besser aufgestellt als andere. Wir haben gute Schulen, eine vorbildliche Angebotspalette für ältere Menschen und wir haben Bau- und Wirtschaftsansiedlungen vorangetrieben.

Die Beteiligung der Bürger an den sachpolitischen Entscheidungen ist im 21. Jahrhundert anders zu beantworten als in der Vergangenheit. Das Kita-Volksbegehren sowie die Volksentscheide zum Erhalt des Flughafens Tempelhof, für die Einführung eines Wahlpflichtfachs Religion oder zur Offenlegung der Wasserverträge haben gezeigt, dass die Menschen mehr direkt mitbestimmen wollen als nur alle 5 Jahre an die Wahlurne zu gehen. Hierbei waren wir stets an ihrer Seite.

Gleichzeitig haben sich im Bezirk unterschiedlichste kleine und kleinste Initiativen gegründet, die sich mit verschiedensten Fragestellungen beschäftigen - von Verkehrsproblemen bis zur Anschaffung neuer Bücher in den Bibliotheken. Wir anerkennen und begrüßen ein wachsendes Interesse der Bürger, sich für konkrete Projekte vor Ort zu engagieren. Beispielsweise haben die Lichtenraderinnen und Lichtenrader mit ihren friedlichen Demonstrationen gegen die Flugrouten des BER zu einem Einlenken der Fluglärmkommission beigetragen.

Die CDU Tempelhof-Schöneberg hat sich schon in der Vergangenheit dafür eingesetzt, die Bürger einzubeziehen und zu beteiligen. Ob bei der längst überfälligen Reparatur der Arnulfstraße, bei der desolaten Umgestaltung des Lassenparks, bei der Gestaltung neuer Bauvorhaben oder bei der Verhinderung der Anwendung des bürgerunfreundlichen Straßenausbaubeitragsgesetzes.

Überall waren wir vor Ort und im Gespräch mit den Betroffenen. Damit künftig ein besserer Dialog zwischen Bürger und Verwaltung realisiert wird, fordern wir, dass eine rechtzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung zu allen wesentlichen Umbau- und Erneuerungsmaßnahmen im Bezirk sichergestellt wird.

5. Finanzen

Der Bezirk erhält seine Finanzmittel als pauschale Zuweisung vom Senat. Diese Mittelzuweisung erfolgt auf eine nicht nachvollziehbare Art und Weise im Rahmen der sogenannten Kosten- und Leistungsrechnung. In den letzten Jahren ist den Bezirken die Mittelzuweisung ständig gekürzt worden. Der rot-rote Senat benutzt die Finanzen als

Instrument zur Abschaffung der Bezirke, obwohl dort 90 % der Leistungen für die Menschen erbracht werden. Berlin braucht starke Bezirke und keine zentralistischen Ämter, die zu Bürgerferne und Entscheidungen vom grünen Tisch führen.

Wir fordern daher:

- die Bürokratie auch durch Entschlackung von Verwaltungsvorschriften auf das notwendige Maß zu reduzieren. Nur so lässt sich in der Verwaltung Geld einsparen;
- die Rückführung von Gebühren und Abgaben auf das Notwendige. Berlin braucht mehr Wirtschafts- und Kaufkraft. Deshalb sind zum Beispiel Tourismusabgaben oder Belastungen etwa durch das Straßenausbaubeitragsgesetz völlig verfehlt;
- den jahrelangen Anstieg bei Sozialausgaben zu beenden. Mehr als zwei Milliarden Euro Ausgaben ohne Kontrolle insbesondere der Wirksamkeit der Mittelvergabe müssen auf den Prüfstand. Rot-rote Filzaffären wie etwa bei der Treberhilfe sind zu beenden;
- die wenigen frei verfügbaren Bezirksmittel werden wir auf die Bereiche Bildung, Erziehung, Kultur und Sport sowie die Instandhaltung der öffentlichen Anlagen konzentrieren;
- die Definition eines Gebäudebestands als "Kernbestand des Bezirks" der vorrangig instandgehalten wird und der langfristig nicht aufgegeben oder veräußert werden soll;
- die aus der vom Land Berlin beschlossenen Schulstrukturreform resultierenden Kosten durch gesonderte Mittelzuweisung an die Bezirke zu finanzieren;
- die Nutzung der Schulgebäude auch für kulturelle Aufgaben außerhalb des Schulbetriebs (Musikschule, VHS, Integrationskurse, Verwaltungsförderungen usw.);
- den Verzicht auf eigenfinanzierte Neubauten im Bezirk. Die Sanierung bestehender Gebäude und Anlagen hat Vorrang.

Sie suchen Informationen über die Sacharbeit der CDU-Fraktion?

Sie finden in der im Sommer 2010 erschienenen Broschüre „Hundertmal Kommunal“ einen Ausschnitt aus den kommunalpolitischen Initiativen der CDU-Fraktion und deren Ergebnisse.

Besuchen Sie die CDU Fraktion auf ihrer Internetseite unter: [www. cdu-tempelhof-schoeneberg.de](http://www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de), oder fordern Sie ein gedrucktes Exemplar bei der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg, Rathaus Schöneberg, 10820 Berlin an.